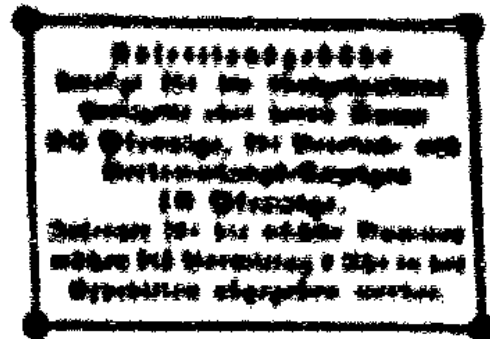


Volkswacht



für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.
Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit der illustrierten Beilage die „Neue Welt“.

Nr. 207.

Mittwoch, den 4. September 1895.

VI. Jahrgang.

Eine unhaltbare Legende.

Es giebt in Deutschland eine Menge von Staatsanwälten, die bei jeder sich bietenden Gelegenheit behaupten, daß die Socialdemokratie den Meineid in ihrem Parteinteresse für „erlaubt“ halte. Auch einzelne Rechtsanwälte haben, wenn sie gegen Socialdemokraten pläbirten, die Glaubwürdigkeit von deren Entlastungszeugen durch jene Unterstellung zu erschüttern gesucht. Die Socialdemokratie hat sich, officiell und nicht officiell, gegen obige Unterstellung verwahrt, was selbstverständlich von denen, an die es gerichtet war, anscheinend ignoriert wurde. Mit seltener Hartnäckigkeit wird gerade an dieser Unterstellung festgehalten, was wir recht wohl begreifen. Es wird behauptet, in einem socialdemokratischen Blatte sei „früher einmal“ der Meineid als erlaubt dargestellt worden.

Wenn dies wirklich unbesonnener Wille gewesen wäre, so hätte darum Niemand das Recht, die gesamte Socialdemokratie dafür verantwortlich zu machen. Es sind aber gerade in diesem Punkte von der bürgerlichen Presse die unglaublichsten Hetereseen gegen die Socialdemokratie geleistet worden, und wir wollen nicht verfehlen, alles dies so oft und so kräftig als möglich zurückzuweisen; denn es wird durch diese Unterstellung für die Socialdemokraten, sobald sie vor Gericht kommen, ein Ausnahmezustand geschaffen, und zwar sehr zu ihren Ungunsten.

Der Staatsanwalt im Prozesse zu Essen gegen Schröder und Genossen hat zwar erklärt, er glaube nicht von der Socialdemokratie im Allgemeinen, daß sie den Meineid für erlaubt halte. Aber in Besonderen behauptete er es zu glauben, d. h. er hatte eben keine Kenntnis der Dinge aus der bürgerlichen Presse geschöpft. Und die Geschworenen ließen sich überzeugen, soweit sie nicht schon von der Presse überzeugt worden waren.

Die Socialdemokratie hat immer nur die religiöse Form des Eides bekämpft. Nach ihrer Meinung thut der Eid ohne religiöses Beiwerk ganz dieselbe Wirkung, wenn die Konsequenzen die gleichen bleiben. Es hat in der Geschichte viele Erscheinungen gegeben, die mit Meineiden behaftet waren. Wir erinnern an die Fürsten und Bischöfe zur Zeit des Bauernkrieges, die mit den Bauern Verträge beschworen und, als die Bauern, auf die Eide vertrauend, die Waffen niederlegten, über die Waffenlosen herfielen und die beschworenen Verträge brachen. Ein großes Beispiel von

verbrecherischem Meineid gab Napoleon III., als er die von ihm beschworene Verfassung der Republik durch seinen Staatsstreich mit Gewalt umstürzte, wofür er den Beifall der herrschenden Klassen Europas fand. Die Socialdemokratie ist in ihrem ganzen Naturell eine, vielleicht die entschlossenste Gegnerin des Meineides, und nur wer sie in ihrem Wesen gar nicht kennt, kann glauben, daß sie denselben für „erlaubt“ halte. Die Vertreter der bürgerlich-capitalistischen „Ordnung“ thun auch in diesem Falle, was sie so oft thun; sie halten die aus dieser „Ordnung“ entspringenden Fehler der Socialdemokratie auf. Es ist männiglich bekannt, daß die Sphäre der bürgerlichen Geschäftswelt mit die meisten Veranlassungen zum Meineid liefert; Habgier und Selbstsucht und Verzweiflung und Rastlosigkeit streiten dort um den Vorrang und aus diesem Chaos heraus wird der eigentliche moderne Meineid geboren. Wie viele „fahrlässige“ Manifestationen werden geschworen!

Aber da könnten wir mit Engelszungen reden — man wird uns mit überlegenem Lächeln mit der stereotypen Phrase antworten: Die Socialdemokratie hält den Meineid für erlaubt!

Wir müssen schon schwereres Geschütz auffahren wenn wir einen Eindruck erzielen wollen. Und dieses Geschütz liefert uns eine Behörde, vor deren Autorität jeder Staatsanwalt sich beugen muß, nämlich das Kaiserliche Statistische Amt zu Berlin.

Wenn es wahr wäre, daß die Socialdemokratie den Meineid für erlaubt hält, so müßte in den Landestheilen, wo die Socialdemokratie am zahlreichsten ist, auch der Meineid am häufigsten vorkommen, während in den Landestheilen, wo die Bevölkerung fromm oder religiös konservativ, ultramontan oder auch nationalliberal ist, die Stehhaber des Meineides am dünnsten gesät sein müßten.

Aus dem Statistischen Jahrbuch, das vom Kaiserlichen Statistischen Amt herausgegeben wird, finden wir, daß im Jahre 1893 im frommen, konservativen und ländlichunschuldigen Ostpreußen 102 Verurteilungen wegen Meineides vorgekommen sind; im gleich veranlagten Westpreußen waren es 64. Im Jahre 1892 wurden in Ostpreußen 87, in Westpreußen 53 Personen wegen Meineides verurteilt; also Zunahme der Meineidigen. Ostpreußen hat nur einige hunderttausend Einwohner mehr als Berlin. Aber in dem gottlosen, socialdemokratisch „verseuchten“, „frivol“ und „verborenen“ Berlin wurden 1893 nur

14 Personen wegen Meineides verurteilt; 1892 waren es 15. Damit ist die Legende von der Förderung des Meineides durch die Socialdemokratie vollkommen zerlegt; man sieht im Gegenteil, daß die Meineide nur in geringer Zahl vorkommen, wo die Socialdemokratie vorherrscht. Dies wird noch einleuchtender, wenn man die übrigen Landestheile sich näher ansieht. Schlesien, das so fromm ist, weist 71 Meineide auf und die Provinz Sachsen 92! Posen und Pommern je 88; das socialdemokratisch ganz „verseuchte“ Hamburg nur 8!

Das Rheinland, wo die letzte Meineids-Affaire gespielt hat, weist 47 Verurteilungen wegen Meineides im Jahre 1893 auf gegen 35 im Vorjahr; dabei ist aber in Betracht zu ziehen, daß die Rheinprovinz eine der am dichtesten bevölkerten Gegenden Deutschlands ist und daß sie gegen fünf Millionen Einwohner zählt. Dennoch zählt sie nicht zur Hälfte so viel Meineide, als Ostpreußen, das kaum zwei Millionen Bewohner hat. Kann man unter diesen Umständen die Bevölkerung der Rheinprovinz so hinstellen, wie es der Staatsanwalt gethan? Kann man behaupten, daß die Socialdemokratie fördernd auf das Abwischen von Meineiden eingewirkt habe? Das Königreich Bayern, von dem bekannt ist, daß seine Bewohner in überwältigender Mehrheit religiös-gesinnte Leute sind und das 5,300,000 Einwohner hat, weist 87 Verurteilungen wegen Meineides im Jahre 1893 auf! Das Königreich Sachsen zählt deren 32!

Im Ganzen sind im Deutschen Reiche 1892 wegen Meineides 771 Verurteilungen erfolgt; 1893 stiegen sie auf 847. Die Steigerung ist wesentlich in jenen Landestheilen zu beobachten, wo die Bewohner überwiegend religiös und konservativ sind.

Wie das kommt, das wollen wir ein andermal untersuchen; für heute genügt uns zu constatiren, daß die Landestheile, wo die Socialdemokratie am dichtesten ist, die verhältnismäßig wenigsten Verurteilungen wegen Meineides aufweisen. Die Fabel von der „ländlichen Unschuld“ zerfließt in blauen Dunst.

Die vom Kaiserlichen Statistischen Amt gelieferten Ziffern decken die Socialdemokratie gegen alle unberechtigten Unterstellungen in Sachen des Meineides und machen sie in diesem Punkte ganz unangreifbar. Kein Staatsanwalt kann die im Essener Prozeß und anderswo aufgestellten Behauptungen aufrecht erhalten gegen diese Ziffern. Man wird darum gut thun, die darin enthaltenen Thatsachen so eindrucksvoll als möglich

Im Exil.

Roman von Georges Renard.

Autorisierte Uebersetzung von Marie Kunert.

51]

(Nachdruck verboten.)

„Gut! Das genügt schon fast zu Ihrer Vertheidigung. Wenn Sie Ihrerseits vorgehen wollen, dann achten Sie auf folgende Bewegung: Wenn Ihr Gegner parirt, dann zielen Sie auf den linken Schenkel, machen eine Wendung nach rechts und los! auf die Hüfte, die nicht gedeckt ist!“

Herr Breuregard ließ seinen improvisierten Schüler diese Drehung vier oder fünf Mal wiederholen. Dann drückte er ihm militärisch die Hand und sagte:

„Sie wissen jetzt so viel, wie man in einer Lection lernen kann. Kaltes Blut, ein festes Auge, und alles wird gut gehen. Ich wünsche Ihnen kein Glück, denn das bringt Unglück.“

„Jetzt“, sagte Verdier, „wirst Du nach Hause gehen und gut ausschlafen. Auf morgen also! Und vor allem keine Dummheiten. Denke an die, denen Dein Leben theuer ist!“

René merkte erst jetzt, daß er noch nicht gegessen und daß es schon acht Uhr geschlagen hatte. Er ließ sich in dem ersten besten Restaurant etwas geben. Während er zersireut aß, dachte er nach. Obgleich er müde war und dem Tode mehr als einmal ins Auge gesehen hatte, war seine Seele häßlich und unruhig.

Er konnte den Gedanken an den Kummer und die traurige Lage seiner Mutter, wenn er tödtlich getroffen oder auch nur schwer verwundet werden würde, nicht unterdrücken.

Er litt unter jener krankhaften Reaction, die bei nervösen Personen stets einem Zustand hochgradiger Aufregung folgt. Er staunte jetzt fast über das, was er an diesem Unglückstage erlebt hatte. Er glich einem Schiffer, den ein Orkan in voller Ruhe überfallen, vom rechten Kurs fortgetrieben und endlich an eine klippenreiche Küste geworfen hatte. Er suchte sich zurechtzufinden. Welche Veränderung in seinem Geschick in so kurzer Zeit! Und wo würde er am nächsten Tage um dieselbe Stunde sein?

In der Unmöglichkeit, die Zukunft zu ergründen, wandte er sich der Vergangenheit zu, die ihm, trotzdem sie kurze Zeit hinter ihm lag, doch wie durch einen Abgrund von dem Tage vorher getrennt schien. Er bedauerte es, daß er sich an Cayrolay vergriffen hatte, der ja zweifellos ein erbärmlicher Charakter war, im Grunde aber doch mehr aus Leidenschaft als aus Schlechtigkeit fehlte. Den Schurken Bernheim hätte er vor seiner Degenspitze haben müssen. Das war der eigentliche Schurke, er, der Mittel fand, die Leute anzugreifen, Niederträchtigkeiten zu begehen und dann noch einen Vertreter schickte, der sich für ihn schlagen lassen mußte. Der alte Schuft mochte schon lachen. Bei diesem Gedanken hallte René vor Wuth die Faust. Das Blut flog ihm ins Antlitz. Ingleich der Karr und das Opfer dieses erbärmlichen Menschen zu sein,

war zu viel. . . . Aber wie sollte er sich an ihm rächen? Für den Augenblick brauchte er Ruhe, Ruhe, um in dem kritischen Moment Herr seiner selbst zu sein. Durch eine gewaltige Willensanstrengung gelang es ihm, das kochende Blut zu bändigen. Er ging aufs Geratewohl hinaus, um in der frischen Abendluft die innere Gluth, die ihm bis in die Wangen hinein brannte, zu kühlen, und er hatte sich wenigstens eine äußerliche Ruhe angeeignet, als er wieder in seiner Wohnung in der Rue Tiquetonne anlangte.

Frau Messant erwartete ihn ängstlich und wollte wissen, was inzwischen geschehen war. Ihr Sohn erzählte ihr, was er ihr erzählen konnte. Er hätte, sagte er hinzu, neue gute Hoffnungen. Die Zeitungen würden diese einem Journalisten zugefügte Beleidigung nicht ohne Weiteres passiren lassen. Aber man müßte das Eisen schmieden, so lange es heiß sei. Er hätte eine Menge Gänge und Besorgungen vor; noch heute Abend wollte er mehrere Briefe schreiben und morgen früh hätte er eine Fahrt durch die Stadt zu machen.

„Steh' aber nicht zu so ungewohnter Stunde auf,“ sagte er lachend. „Das ist nicht nöthig, ich werde Dir im Bett guten Morgen sagen.“

Unter dem Vorwand, daß er zu arbeiten hätte, trieb er sie in ihr Schlafzimmer und lästete sie zärtlicher als gewöhnlich. Sie war darüber nicht weiter erkrankt. Es ist nicht natürlich, daß man sich in einer so schwierigen Zeit um so enger zusammenschließt!

Als René allein geblieben war, flüchtete er die

entgegengehalten, wenn in der bürgerlichen Presse wiederum die unermessliche Erbauung auftritt, die Socialdemokratie fördere den Weltfrieden.

Wichtig, daß es auch Leute gibt, die von diesen Differenzen nicht belehren lassen wollen. Bei diesen aber weiß wohl Jedermann, was er von ihnen zu halten hat.

Politische Rundschau.

Aus den Gedankensprengen, die in unendlicher Zahl gehalten wurden, haben wir einen Passus der Rede des Kaisers gestern unter N. Nachrichten gebracht. Die Rede, die an der reich belegten Festtafel im königlichen Schlosse gehalten wurde, bezeichnet herabwürdigend die Socialdemokraten, für deren Ideen und Bestrebungen sich bei den letzten Reichstagswahlen fast zwei Millionen deutscher Männer erklärt haben, als „eine Horde von Menschen, nicht werth, den Namen Deutscher zu tragen“ und als „eine hochverräterische Schaar“, von der „uns“ durch „einen Kampf“ die kaiserliche Garde „befreien“ soll. Daß durch solche Drohungen auch nur ein einziger Socialdemokrat von der vermeintlichen Unrichtigkeit seiner Ansichten über Kriege und Patriotismus überzeugt werden könnte, erscheint uns gänzlich ausgeschlossen. Und daß es mit einer „Befreiung“ Deutschlands von den nach Millionen zählenden Socialdemokraten durch Soldaten und seien es selbst die kaiserlichen Garden, immerhin einige recht große Schwierigkeiten haben dürfte, wird auch dem Kaiser nicht verborgen bleiben können. Ueber den Eindruck, den die jüngste kaiserliche Rede in weiten Kreisen, bis tief in die bürgerliche Welt hinein, gemacht hat, wollen wir uns hier einer Aeußerung enthalten.

Der General von Loë, Gouverneur von Berlin, hat am gleichen Tage im Berliner Rathhause eine Rede gehalten, die in auffallendem Gegensatz zu anderen Gedankensprengen stand. Der Gouverneur knüpfte an die Worte des Bürgermeisters Rirschner an, der von einem Theile der Bevölkerung gesprochen hatte, welcher abseits des allgemeinen Jubels stand. Im Anschluß daran sprach er:

„Das eben ist deutsche Gewohnheit. Wenn es uns gut (?) geht, müssen wir uns miteinander zanken. Aber wehe dem Feinde, der auf diesen inneren Faden bauen wollte! Davon darf der uns Angreifende überzeugt sein, er wird ein einiges Volk finden. (Stürmisches Bravo!) Da wird es keine politischen Parteien geben (Bravo!), keinen Unterschied der Glaubensbekenntnisse (stürmischer Beifall); es wird nur ein einiges, einziges, großes deutsches Volk vorhanden sein (lebhafter Beifall); und an der Spitze des Volkes wird Berlin stehen (lebhafter Jubel), das im Jahre 1870 an der Spitze der nationalen Bewegung gestanden.“

— Abschaffung der stehenden Heere und Frieden zwischen den Völkern erstrebt die Socialdemokratie. Und hauptsächlich deshalb ist sie in den Augen der Militärschwärmer „landesverräterisch.“ Schon vor hundert Jahren gab es Männer, die diesem Streben huldigten, Männer, auf deren Geistesarbeit unsere Nation stolz ist. So Kant,

der Philosoph. Derselbe behandelte in dem berühmten Essay „Ueber das Verhältniß der Theorie zur Praxis“ das Problem und die Bedingungen eines allgemeinen Völkerbundes behufs Aufrechterhaltung eines dauernden Friedens. In dieser Schrift findet sich folgender Passus:

„Da die fortschreitende Kultur der Staaten mit dem zugleich wachsenden Range, sich auf Kosten der Andern durch List oder Gewalt zu vergrößern, die Kriege vielfältigen und durch immer vermehrte aufstehendem Kriegeinstrumenten versehenen Heere, immer höhere Kosten verursachen muß; da die Erfindung der Staatsschulden zwar ein sinnreiches, aber sich selbst zuletzt vernichtendes Hilfsmittel ist, so muß, was guter Wille thun könnte aber nicht thut, endlich die Chimäre bewirkt werden, daß ein jeder Staat in seinem Innern so organisiert werde, daß nicht das Staatsoberhaupt, dem der Krieg eigentlich nicht kostet, sondern das Volk, dem er Alles kostet, die entscheidende Stimme habe, ob Krieg sein solle oder nicht.“

Bekanntlich fordert die Socialdemokratie die Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Auch Kant also erhob diese Forderung, wie sich aus vorstehendem Citat ergibt. In seiner 1795 erschienenen Schrift „Vom ewigen Frieden“ findet sich ein Friedensentwurf in real-völklichen Fragen. Es heißt da u. A.: Art. 3. Stehende Heere sollen mit der Zeit ganz aufhören. Art. 4. „Es sollen keine Staatsschulden in Beziehung auf äußere Staatshändel gemacht werden.“ So schrieb Kant vor hundert Jahren, als der Militarismus noch in den Windeln lag. In den Erläuterungen zu seinen Artikeln bemerkt er:

„Die stehenden Heere bedrohen andere Staaten unaufhörlich mit Krieg, durch die Bereitschaft, immer dazu gerüstet zu erscheinen; reizen diese an, sich einander in Menge der Gerüsteten, die keine Grenzen kennt, zu überlassen, und indem durch die darauf verwendeten Kosten der Friede endlich noch drückender wird, als ein kurzer Krieg, so sind sie selbst Ursache von Angriffskriegen, um diese Last los zu werden.“

Mit großer Entrüstung äußert sich der Philosoph auch gegen die Bewilligung eines Krieges durch die Regierungen und er fordert, daß anderen Staaten das Recht zuzugestehen sei, gegen eine solche finanzielle Kriegsvorbereitung sich zu erklären. Deshalb, ihr patriotischen „Gebildeten“ der Vater-Nation, erklärt ihr nicht noch nachträglich den Weisen von Königsberg für einen „schlichten Kerl“ und „Vaterlandsverräter“, wie ihr's uns Socialdemokraten gegenüber thut? Reißt die Monumente nieder, die ihr ihm errichtet habt!

— Proletariat aller Länder vereinigt Euch! Nachdem es den Berliner Arbeitern unmöglich gemacht wurde, in öffentlicher Versammlung ihren Abscheu gegen allen Chauvinismus und alle Kriegshetze auszusprechen, haben die Vertrauensmänner der socialdemokratischen Partei Berlins, wie wir gestern schon unter Neuzeit Nachrichten mittheilten, nachstehende Sympathiekundgebung an den Vertrauensmann der deutschen Socialdemokratie in Paris gesandt, um sie von diesem unliebsamen französischen Parteifreunden übermitteln zu lassen:

„Was für schmerzliche Erinnerungen! Wie viele Hoffnungen, die für immer erloschen waren? Warum nur das Leben gegen ihn, der stets das der Andern besser gefaßt wollte, so grausam gesehen? René leuchtete tief. Da riß ihn mit einem Male die Uhr, die zehn schlug, aus der schwermüthigen Stimmung, die dieses Herausbeschwören der Vergangenheit in ihm erweckt hatte. Er wollte im Falle eines Unglücks denen, die er liebte, ein letztes Lebenswohl hinterlassen, und er schrieb rasch drei Briefe: einen an seine Mutter, in dem er sie um Bezeichnung bat, daß er sie allein zurückließ und sie ansah, weiter zu leben, damit doch ein Wesen sich noch lange seiner erinnerte; den zweiten Brief schrieb er an Lucien, um ihm die arme Frau als Vermächtniß anzuvertrauen, den letzten aber an Henri Rouvenay, den er bat, seiner Schwester zu sagen, daß sie niemals aufgehört hätte, in seiner Seele zu leben. Nachdem er so für den Fall seines Todes Alles geordnet hatte, stellte er seinen Wecker auf sechs Uhr und bald schlief er, da die Ruhe des Geistes sich zu der Ermüdung des Körpers gesellt hatte, friedlich wie ein Kind.“

Der Tag brach an, als er erwachte. Sobald er sich angekleidet hatte, ging er in das Zimmer seiner Mutter.

„Da hast noch so spät gearbeitet“, sagte sie zu ihm. „Und schon wieder auf? Da strengst Dich zu sehr an, mein René. Schone Deine Gesundheit. Was sollte aus uns werden, wenn Du krank würdest?“ Er besaß die Kraft, zu lächeln. Aber wider

Der 2. Jahrestag des Schicksals von Sedan (1870) ist ein Tag, der uns an die großen Kriege und die großen Siege, die die deutsche Nation errungen hat, erinnert.

Die socialdemokratischen Vertrauensmänner Berlins

Der „Vorwärts“ bemerkt dazu: Die vorstehende Sympathiekundgebung der Berliner Vertrauensmänner an unsere französischen Parteigenossen erinnert uns an eine Kundgebung der letzteren, welche kurz vor Ausbruch des Krieges auf Anregung der französischen Mitglieder der Internationalen Arbeiter-Association, mit tausenden von Unterschriften bedeckt, an die deutschen Arbeiter gerichtet wurde. In dieser Kundgebung, die ein stammender Protest gegen den Krieg, den Urheber, wie üblich, den Vorwurf der Vaterlandslosigkeit einbrachte, hieß es:

„Der Krieg für eine Frage des politischen Uebergewichts oder für dynastische Interessen ist in den Augen der Arbeiter nur mehr eine verbrecherische Absurdität. In Beantwortung der kriegerischen Rufe, welche von denen ausgehen, die stets die Militärsteuer erhöhen und in dem öffentlichen Unglück eine Quelle für neue Speculationen finden, erheben wir, die wir den Frieden, die Arbeit und die Freiheit wollen, Protest. Wir protestiren gegen die systematische Zerstörung der menschlichen Rasse, gegen die Plünderung des Volksvermögens, das nur dazu dienen soll, den Boden und die Industrie zu befruchten, gegen die Vergießung des Blutes, das zur verabscheuenswerthen Befriedigung der Eitelkeit, der Eigenliebe, des verletzten monarchischen Ehrgeizes dahin gegeben wird. Mit aller Energie erheben wir Protest gegen den Krieg als Menschen, als Arbeiter, als Bürger. Der Kampf weckt nur wilde Instincte und Nationalhaß, er ist das verfechtete Mittel der Regierenden zur Unterdrückung der öffentlichen Freiheit. Der Krieg ist die Zerstörung des Reichthums, welcher das Resultat unserer täglichen Arbeit ist.“

Deutsche Brüder! Im Namen des Friedens höret nicht die Stimme der bezahlten oder servilen Redner, welche Euch über den wahren Geist Frankreichs zu täuschen suchen. Bleibt taub bei den unsinnigen Provokationen, denn Krieg zwischen uns würde Bruderkrieg sein. Bleibt ruhig, wie es ein tapferes und beherrschtes Volk bleiben kann, ohne seiner Würde etwas zu vergeben. Unsere Spaltung würde nur auf beiden Seiten des Rheins den Triumph des Despotismus fördern.“

Das war die Sprache unserer französischen Genossen vor dem Kriege, das ist noch ihre Gesinnung heute, 25 Jahre nach dem Kriege, und in dieser Gesinnung wissen wir uns mit den französischen und mit den Gesinnungsgenossen der ganzen Welt einig und davon wird uns kein noch so tobjüchtiges „nationales“ Geyen und Schreien abbringen.

Fort mit Krieg und Kriegesgeschrei!
Hoch die Völkerverbrüderung!

— Von erlaubten Majestätsbeleidigungen. Die „nationalpatriotischen“ Presseorgane sind furchtbar erobert über das Verhalten des Fürsten v. Preuß a. L. zu der Gedankensfeier. Die nationalliberale „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, die Beschützerin der Krone, schreibt z. B.: Der Bundesrath hat sich vornehm um dieses Ländchen nicht gekümmert. Aber um so mehr ist es Sache des

Willen drohte eine wachsende Nahrung ihn zu übermannen. Er neigte sich über das weiße Haupt der alten Frau, drückte einen langen Kuß darauf und flüchtete dann hinaus, indem er ihr mit einer Stimme, die trotz aller Anstrengung nicht fest klingen wollte, zurief: „L. b' wohl, Mutter!“

Es war einer jener klaren Tage, an denen der zu Ende gehende Winter wärmere Lüfte und Sonnenstrahlen hat: die Vorboten des Lenzes. Die Sonne glänzte an dem hellen Himmel, die Luft war bewegt ohne kalt zu sein und zauberte Rosen auf die Wangen und Freude in die Herzen. Das alte Paris erschien verjüngt und froh gestimmt durch diese Verheißung des nahen Frühlings. In den Straßen schwirrte ein außerst fröhliches Treiben. René empfand in seinem Wagen, der ihn nach dem Bahnhof der Bastille trug, den Einfluß der heiteren Stimmung in der Atmosphäre.

Seine düsteren Vorahnungen verschwanden wie Nachtschmetterlinge und in beinahe fröhlicher Stimmung sprach er bei sich: „Ein schönes Wetter, um sich zu schlagen!“

Berthier, der zuerst angekommen war, schien entsetzt, ihn so gut aufgelegt zu finden. Der Rest der kleinen Schaar, der Segner, die Jesgen und der Arzt, ließen nicht auf sich warten. Man begrüßte sich gegenseitig, dann vertheilte die Gesellschaft sich, um kein Aufsehen zu erregen, in mehrere Wagen. In Regent traf man wieder zusammen.

(Fortsetzung folgt.)

Arme auf seinem Schreibtisch und wie der Wanderer an der Biegung eines Weges stehen bleibt, um einen Blick auf die schmale hinter ihm aufgerollte Strecke zu werfen, so ließ er schnell die flüchtigen Eindrücke, aus denen sein Leben sich zusammensetzte, an seinem Geiste Revue passiren. Er sah unter einem grauen Himmel, an dem nur ganz in der Ferne etwas blauer Ayr hindurchschimmerte, welche Blätter emporschweben, die seine verbotenen Hoffnungen waren. Wie war das Alles schon fern, dort unten am Horizont, das Fleckchen blaues Himmel und die hühenben Bäume und Stränder seiner glücklichen Kindheit. Ueber seinem Haupte nichts als große, schwarze Wolken! Um ihn her erkannte Bäume, kahle, nackte Gabeln, ein langer Zug von lamellosen Schatteln mit unbefangenen Gesichten, die gleichzeitig vorüberstritten. Leute, denen er im Leben begegnet war, Gefährten des Zufalls! Und er selbst mitten unter ihnen, ermüdet, verlaunt, verabschätzt, zu ewigen Mißfolgen verurtheilt, weil er das schweigende, beständige Wesen derer, die ihn umgaben, nicht annehmen wollte!

Unter diesen halbverwischten Gesichten hoben drei aber vier sich deutlich ab: erprobte Freunde, Personen, die seiner Liebe durch Trennung oder Tod entgegen und die dennoch in seinem Herzen gegenwärtig waren, sein Vater, dessen Bescheidenheit in ihm fortlebte, seine Mutter, deren Liebe ihn wie laue, anspürende und belebende Luft umgab. Annetie, die Geliebte seiner Träume, deren Liebe ihn eine Schutzwehr, ja Abwehr gegen die Trübsal und die Bitterkeit eines verheißten Lebens gewesen wäre.

...sich um diese brüderlichen Verhält-
nisse zu kümmern. Was sollen die fremden Mäler von
dem Reich denken, in dem überall kleine Oer-
ter das Reich anbellern, im Vertrauen
darauf, daß man sich nach kleinen Dunden
nicht umsieht? Wenn Heinrich XXII. sich durch
die Achtung der unsern Völkern als Unterland
des Reichs und des Reichs heiligen Sedan
sich in Gesellschaft von Hebel und Singer wohl
fühlt, so mag man es ihm herzlich gönnen, aber
wirds Capital werden daraus die Franzosen schlagen,
daß deutsche regierende Fürsten sich berechnen wie
Dr. Haas und Genossen? Wenn ein Social-
demokrat so schreibe!!

— Vom erlaubten „Umsturz“. Die zu
Fulda verlan meit gemessenen Bischöfe veröffentlichten im
„Kirchlichen Amtsblatt“ für die Diocese Fulda folgen-
den Erlaß: „Inbem wir mit unsern Völkern die
Fortschauer der Verdrängnisse, die die gewaltsame
Besetzung Roms über das Oberhaupt unserer
heiligen Kirche vor 25 Jahren verhängt hat, aufs tiefste
betrüben, ordnen wir hiermit an, daß am Sonntage,
den 22. September d. J., in allen Doms, Stif-
tungs- und Pfarrkirchen, sowie den Kirchen mit selbst-
ständigen Gottesdiensten eine Bittandacht vor ausgezeih-
tem Allerheiligsten Sacramente gehalten werde, um den
heiligen Vater und die Kirche in ihren Verdrängnissen
dem Schutze des Allmächtigen besonders anzuempfehlen.
Wo die Verhältnisse es erfordern, kann diese Bittandacht
in den Vormittagsgottesdienst angeschlossen werden.“

Bekanntlich war der gewaltsame Umsturz des
Kirchenstaates zwecks Herstellung der nationalen Einheit
Italiens erforderlich. Dieser Umsturz wurde unter
activer und moralischer Unterstützung der preussischen
Politik vollzogen. Uebrigens entsprach die Auf-
hebung der weltlichen Macht des Papstthums durchaus
dem einmüthigen Verlangen der Nation. Ueber die
Einverleibung Roms in das Königreich Italien fand eine
Abstimmung der Bevölkerung des ehemaligen Kirchen-
staates statt; es entschieden sich 134 000 Wähler für
und nur 1507 gegen die Einverleibung. Damit war
dem Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung Genüge
erleistet. Das geeinte Königreich Italien erhielt die
Anerkennung der Mächte, speciell auch die Preussens
und des deutschen Reiches. Der Erlaß der Bischöfe
ist eine ebenso utopistische Träumerei, wie die gleichen
Wünsche des letzten Katholikentages.

— Eine Entdeckung, die gewissen Leuten
sehr unangenehm sein dürfte, hat der „Vorwärts“ an
der sog. Negirkirche, jetzt Kaiser Wilhelmkirche, gemacht.
Am 2. September ist mit großem Pomp im Beisein
des Kaisers, des Hofstaats u. die Berliner Kaiser
Wilhelmkirche eröffnet worden. Die Berliner Stadt-
verordnetenversammlung hatte einen Beitrag von 300,000
Mark, den ihr der Magistrat zumuthete, verworfen.
Prächtige Sculpturen, so schreibt der „Vorwärts“ in einer
Beschreibung der Kirche, schmücken allerwärts den Innen-
raum. So ist besonders erwähnenswerth ein hoher,
berlebensgroßer marmorgemeißelter Christus in der
Mitte des Altars mit dem symbolischen Auge Gottes
überher; und gerade gegenüber, als Erinnerung an
den Beschluß der Berliner Stadtverordneten am 2. Mai
d. J. ein Relief aus grauem Sandstein mit folgender
Inchrift:

Was für Kameele einst gewesen
die Väter unserer grössten Stadt!
2. V. 1895.
Keine dreimalhunderttausend Mark.
Ruppig!

Das Relief befindet sich im Innenraum über dem
zur linken Hand gelegenen der drei Eingangsportale.
von Westen her in die Kirche führen. Es stellt
Lieser und Nebelka am Brunnen vor, die Kameele
säugend, die rings herum im Sande liegen. Die
Schrift ist theils in den Felsen des Brunnens, theils
in den Saum der Kameeledecken gehauen, allerdings nur
so, daß man sich schon mit einem Opernglas be-
schaffen muß, um sie zu lesen. Die Nebelthür, die
hinter von den dreien, ist gekrönt mit einem Bild-
werk, das zwei Engel darstellt, in ihrer Mitte das
Christuskindlein mit dem Kreuz. Die dritte Thür ist
jetzt nur überdacht von einem rohen Sandsteinblock.

— Ja, Bauer, das ist ganz was
anders! In der Schlusssitzung des „Allgemeinen
Tages der deutschen landwirtschaftlichen Ge-
sellschaften“ in Neustadt wurde von dem ostpreussischen
Verbandsdirector Gilmann wieder lebhaft Klage darüber
geführt, daß „besonders im Osten“ von den Land-
wirthen vielfach im Haushalt Margarine ver-
wendet werde, ja, daß sogar von Meiereien

Margarinefabriken hergestellt und dadurch die Concurrenz
der Butter mit der Margarine noch verschärft werde.
Den Gesellschaften soll „aufgegeben“ werden, durch
Verträge ihren Mitgliedern den Verbrauch von
Margarine zu verbieten. Bekanntlich wird auch „be-
sonders im Osten“ von den Landwirthen die größte
Enttäuschung laut über die Margarine, in den Veramm-
lungen der Agrarier werden alle Anträge gegen die
Margarine mit Beifall auf- und angenommen. Wie
viele — so meint die „Lib. Corr.“ — mögen wohl
unter denen, die Beschlüsse fassen und Petitionen unter-
schreiben, sein, welche im eigenen Haushalt die
Margarine gebrauchen oder wenigstens ihr Gesinde
und ihre Arbeiter mit Margarine regaliren,
während sie die Butter verkaufen. Die Klagen des
Herrn Dillmann stehen übrigens nicht ver einzelt da.
Vor nicht langer Zeit klagte in der „Kreuzzeitung“
Jemand darüber, daß sogar sehr gut situirte
Landwirthe sich nicht schämten, ihren Arbeitern statt der
Butter Margarine vorzusetzen und daß sie sogar nicht davor
zurückschreckten, auf jede nur mögliche Weise ihre Ar-
beiter, die keine Margarine, sondern Butter verlangten,
zu täuschen. Daß unter solchen Verhältnissen die
Gesellschaften nicht im Stande sind, ihren Mitgliedern
den Verbrauch von Margarine zu verbieten, ist selbst-
verständlich. Da aber die Landwirthe selbst zu den
Margarineconsumenten gehören, sollten sie endlich
darauf verzichten, sie Anderen geschlich „verekeln“ zu
wollen!

Aus Belgien wird berichtet: Der Abbé Daens
hatte unter dem Namen christlich-demokratische Partei
eine Organisation katholischer Arbeiter gegen die
Socialdemokratie geschaffen. Eine Zeitlang nahm er
den christlichen Socialismus so ernst, daß die Regierung,
die Bischöfe und vor allem die ultramontanen Unter-
nehmer die Sache tragisch nahmen. Sie setzten zuerst
dem Abbé durch die geistlichen Behörden, dann durch
den Papst selbst zu. Anfänglich schien er sich nicht
unterwerfen zu wollen; nun wird aber aus Brüssel ge-
meldet, daß Abbé Daens einem Mitarbeiter des
„Journals des Bruges“ erklärt hat, daß er sich den
Wünschen des Papstes unterworfen und daß er seine
Parteigenossen ersucht habe, das Gleiche zu thun und
sich in der Polemik zu mäßigen. Damit ist der christ-
liche Socialismus zu den Todten geworfen; die
Coalition des Papstes und der Bourgeoisie hat gefestigt.
Die belgischen Arbeiter erfahren aus diesem Falle, daß
sie sich nur auf sich selbst verlassen können und nur in
der Socialdemokratie ihr Heil ist.

Das italienische Volk hat über Crispi's
Politik Gericht gehalten und sein Spruch ist vernichtend
für die Schergen, die des Volkes Recht mißachteten, es
knebeln und ausbeuten für ihre Gelüste. In allen Er-
gänzungswahlen sind die Opfer Crispi'scher Willkür ge-
wählt worden: Nicolo Barbato zweimal, Andrea Costa
und De Felice, die Märtyrer Siciliens. Es ist von
größter Bedeutung, daß alle diese Wahlen widerspruchs-
los erfolgten — mit Ausnahme jener in Sudrio, wo
Costa den General Mirri besiegte —; die italienischen
Wähler brücken laut und offen ihren Abscheu aus, daß
die königliche Amnestie gerade an den stärksten Un-
gerechtigkeiten des sicilianischen Militärdespotismus acht-
los vorüberging. Wird König Humbert diese Sprache
verstehen? Wenn die Stimme des Volkes diesmal un-
gehört verhallt, sie wird immer mehr anschwellen, bis
die Märtyrer ihren Kertern entrisen sein werden.

Gegen die französische Weltausstellung von
1900 wird in Frankreich selbst scharf agitirt. Die
Mißbilligung der Provinz gegen dieselbe findet ihren
Ausdruck auch in den Resolutionen mehrerer General-
räthe. Dem Beispiel des Municipalrathes von Nancy
folgend, haben sich unter den gegenwärtig tagenden
Generalräthen bisher vier gegen die Weltausstellung
ausgesprochen, darunter der Generalrath des Rhone-
Departements (Hauptort Lyon). Die in dem zuletzt
genannten Rath von der Mehrheit eingebrachte Reso-
lution verlangt, daß Paris die Ausstellungskosten aus
eigenen Mitteln bestreiten soll; der Zusatz aus der
Staatskasse soll verhältnismäßig nicht größer sein, als
dies bei den Provinz-Ausstellungen der Fall. Sämmt-
liche Resolutionen weisen vor allem auf die Schädigung
des Provinz-Handels durch die Pariser Ausstellungen
hin. — Während so die industriellen und commerciellen
Kreise aus Brotaeib aneinander eifersüchtig sind, bietet
das französische Proletariat das herrliche Schauspiel
der Einigkeit und Opferfreudigkeit. In der Hauptstadt,
wie in der Provinz, allüberall, wo Klassenbewußte
Arbeiter zu finden sind, wird ein edler Wettstreit ent-
faltet, um den Glasarbeitern von Carmaux zu einem

herrlichen Kampf zu verhelfen. Die Selbstthätig-
keit der Arbeiterbewegung besteht, was hier zu Lande
von Frankreich an. Die Selbstthätigkeit der „Verein
public“ allein reicht nicht aus, sondern es muß sein.
Die zu Gunsten der Streikenden veranstalteten Ver-
sammlungen sind überall überfüllt und bringen viel
Geld ein. Eine dieser Tage in Carbonne stattgehabte
Versammlung ergab den Betrag von 1200 Franken.
Zahlreiche Gewerkschaften haben bereits beschlossen, die
Streikenden während der ganzen Dauer des Streiks
regelmäßig zu unterstützen; die übrigen Gewerkschaften
werden dem Beispiel folgen. Und auch die individuellen
Beiträge werden meist regelmäßig (1 Sou gleich 4 Pf.)
pro Tag geleistet. Die größten bisher eingelaufenen
Summen rühren eben von diesem täglichen „sou de
grève“ (Streik-Sou) her. Schließlich wird in Paris
nach dem Beispiel einer berühmten Opernsängerin,
Mimi Buffet, die zu Wohlthätigkeitszwecken ein-
zelne Wochen hindurch auf offener Straße Vorkalender sang)
zu Gunsten der Carmauxer Arbeiter ein zu diesem
Zwecke von Geneon verfaßtes „Streik-Lied“ von den
Gebrüdern Boyard in den von Arbeitern bewohnten
Stadtheilen gesungen. — Der sozialistische Gemein-
derath von Marseille hat den kapitalistischen Blättern,
die bekanntlich alle umsonst, nur der guten Sache halber,
der sie dienen, arbeiten, wieder neuen Anlaß zur Geul-
meierei gegeben. Er hat nämlich in seiner letzten
Sitzung beschlossen, im nächsten Budget als Entschädig-
ung für die Gemeinderathsmitglieder, deren Zahl sich
auf 35 beläuft, eine Summe von 70,000 Francs ein-
zutragen, was einem jährlichen Gehalt von 2000 Francs
gleichkommt. In dem der Gemeinderath diesen Beschluß
faßte, hat er nur im Einklang mit seinen Wählern ge-
handelt, weil es diesen sonst unmöglich wäre, sich durch
Arbeiter vertreten zu lassen. Außerdem hat der Ge-
meinderath in derselben Sitzung eine Summe von
1000 Francs für die Streikenden von Carmaux votirt
und schließlich einen Antrag angenommen, der den
Wunsch ausdrückt, daß der Eisenbahn- und Canal-
transport auf Rechnung und zum Vortheil der Nation
zu einem öffentlichen Dienst errichtet werde. Was
sollte aber dann aus den Pauschalien werden, die die
Bourgeoisblätter bisher von den großen Transport-
unternehmungen einheimsten?

Parteiangelegenheiten.

Der socialdemokratische Verein Wiesbadens hat
in gut besuchter Versammlung dem Parteigenossen Dr. Quard
nach dessen Vortrag über seine Stellung in der kaufmännischen
Gehilfen- und der modernen Arbeiterbewegung mit allen
gegen zwei Stimmen ein Vertrauensvotum ausgestellt und
sich mit seiner Candidatur zum Reichstage einverstanden er-
klärt. In der Debatte hatte die Mehrzahl der Redner den
Standpunkt eingenommen, daß in der Betheiligung an einer
rein gewerkschaftlichen Kaufmannsbewegung nichts Anseht-
bares gefunden werden könne. Die Angelegenheit wird noch
die Kreisconferenz beschäftigen. Bekanntlich hat die Agrar-
commission in ihrem Beschluß vom 23. Juli der Erwartung
Ausdruck gegeben, daß Genosse Quard seine Stellung inner-
halb der kaufmännischen Gehilfenbewegung baldigt vor der
Öffentlichkeit klären werde.

Arbeiterbewegung.

An die deutschen Schuhmacher! Vor unge-
fähr drei Wochen haben wir vor Zugung hierher gewarnt.
Grund war indirecter Lohnabzug, der durch die Organisation
und den festen Zusammenhalt der Arbeiter wieder beseitigt
wurde. Uebermals müssen wir die Aufforderung an die
Collegen und die Colleginnen ergehen lassen, Zugung hierher
streng fernzuhalten. Durch Wagregelung elf männlicher und
fünf weiblicher Mitglieder des Vereins deutscher Schuhmacher
sind wir dazu gezwungen. Collegen und Colleginnen! Es
steht die Organisation auf dem Spiele. Unterlegen wir
in diesem Kampfe, so ist auf Jahre hinaus für den Verein
jede Möglichkeit geschwunden, am hiesigen Orte wieder festen
Boden zu fassen. Denn die Lage der Schuhfabrik von Gott-
hardt Ende ist günstig, da sie die einzige am Orte ist, und
die eingeborenen Arbeiter und Arbeiterinnen politisch und
gewerkschaftlich wenig oder gar nicht gekannt sind. Der Ge-
breitete Ende ist der giftigste Gegner unserer Organisation.
In Ausdrücken und Handlungsweise den Arbeitern gegen-
über, sucht er feinesgleichen. So unerhört seine Äußerungen
sind, auf gleichem Fuße stehen die Fabrik- und Wohlthätig-
einrichtungen. Aus Vorstehendem werden die Collegen und
Colleginnen zur Genüge die Humanität des Herrn Gotthardt
Ende erkennen. Mit der Bitte um Unterstützung in diesem
gerechten Kampfe und collegialen Grusse die Gemäßigtesten
der Gotthardt'schen Schuhfabrik.
Zwenkau, den 31. August 1895.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck
gebeten.
Achtung! Von den Gemeindefabriken in Egerdorf und
Umgegend werden von Auswärts die Arbeiter sparsamweise
hergeholt. Von 56 erst kürzlich eingetrossenen Hamburger
Arbeitslosen sollen schon wieder über 30 die Arbeit auf-
gegeben haben. Wie verkauft, werden wieder neue Arbeiter
angeworben. Deshalb machen wir darauf aufmerksam, daß
hier auf allen Fabriken die Verhältnisse dringlich sind, daß
viel versprochen wird, aber mancher am Zahlungstage
getäuscht sah, daß hier ein Directorium existirt, der nicht
duldet, daß Arbeiter, die auf einer Fabrik ausbilden, auf einer
anderen angenommen werden. Sämmtliche Fabriken sind
deshalb gesperrt. Per Zugung wird gewarnt.

Wahrs! an die organisierten und dem Holzarbeiter-Verein angehörigen Kammmacher Teufelslande. Kollegen! In Betracht dessen, daß unter Punktwerk im Laufe der Zeit, und zwar nur durch den Inbetriebsetzung der Kammmachergestellten selbst, eine der schlechtest gelohnten geworden ist, und in Betracht dessen, daß es trotz des vorgehaltenen maschinellen Betriebes doch noch einer großen Uebung bedarf, um unseren Beruf zu fördern, und daß es bei und im Vergleich zu anderen Handwerken keine Arbeitslosen gibt und eine Lohnbewegung die besten Chancen für uns bietet. Beschäftigen wir, die in Berlin organisierten Kammmacher, für die Verbesserung der Lage sämtlicher Kammmacher Deutschlands einzutreten. Pflicht eines jeden Kollegen ist es, uns in diesem Vorhaben nach Kräften zu unterstützen.

In keinem anderen Lande sind die Löhne der Kammmacher so niedrig gestellt, als in Deutschland. Die Ursache ist aber einzig und allein darin zu suchen, daß nur ein sehr kleiner Teil der Kammmacher, und zwar in ganz Deutschland nur 51, sprich: einundfünfzig Mitglieder, organisiert sind. Wir Kammmacher haben am allerwenigsten zu befürchten, daß die Unternehmer im Falle eines Streiks von auswärts Ersatz erhalten oder jeden beliebigen Arbeiter einstellen. Im Gegenteil, wenn wir uns organisieren und fest zusammenhalten, so wird es uns leichter als den Arbeitern anderer Berufe sein, unsere traurige Lage zu verbessern.

Wenn wir diesem Ziele zustreben wollen, müssen wir einen engeren Zusammenschluß aneinander suchen und vor allem die Verhältnisse, wie sie in sämtlichen Kammmacher-Werkstätten liegen, kennen lernen. Wir richten zu diesem Zwecke folgende Fragen an die Kollegen unseres Berufes, um deren Beantwortung wir dringend bitten.

1. Wie viel Kammmacher-Werkstätten und Arbeiter existieren am Orte?
2. Wie viel gelernte Kammmacher Arbeiter sind? (Vehlinge sind darin beschäftigt, und wie viel mit Ausnahme der Vehlinge sind organisiert?)
3. Wie lang ist die tägliche Arbeitszeit ohne Unterbrechungen?
4. Wie hoch ist der Lohn mit oder ohne Holt und Papiert, und wie viel wird pro Tag durchschnittlich auf Aufwand verbient?
5. Wie hoch ist der Aufwand für die verschiedenen Wohnungen und Größen der Waare? (Die Verantwortung dieser Frage ist zwar wünschenswert, jedoch nicht unbedingt notwendig.)
6. Wie verhält es sich mit den Arbeits- und Schlafräumen, entsprechen sie den sanitären Vorschriften resp. ist das Verbleiben in denselben der Gesundheit nachteilig?
7. Ist die Kost gut und ausreichend?

Kollegen! Wir bitten Euch dringend, die vorstehenden Fragen wahrheitsgemäß zu beantworten und das Resultat an die Adresse: Robert Voigt, Kammmacher, Charlottenburg bei Berlin, Pestalozzistraße 28, Hof, Duergengebäude 11, zu senden.

Sämtliche Ortsverwaltungen des Holzarbeiterverbandes bitten wir, uns zu unterstützen, indem sie Kollegen unseres Berufes, falls in den betreffenden Orten welche beschäftigt sind, auf den vorstehenden Aufruf hinweisen und falls sie dem Holzarbeiterverbande noch nicht angehören sollten, auf die Notwendigkeit des Anschlusses aufmerksam machen, sie zum Beitritt auffordern, eventuell versuchen, von

dem Holzarbeiter-Verein Kenntnis zu verschaffen, und diesen Kenntnis zu verschaffen. Die verantwortlichen Mitglieder werden vom Holzarbeiter-Verein für die Beantwortung der Fragen gebeten.

Vermischtes.

Dem von der sibirischen Bahn wurden für 3 Monate Zwangsstraflinge auf der Sibirischen Bahn gezogen. Dieser Versuch ist jedoch fehl und die Straf-Abteilungen wurden eilends nach Sachalin zurückbeordert. Die russischen Redden gaben aber behaupten den Versuch nicht auf, wiederholten ihn vielmehr in größerem Maßstab beim Bau der Mittel-Sibirischen Bahn, und nach einer neuerlichen Meldung des „Sibir. Westnik“ scheint er nun auch vollkommen geglückt zu sein. Diefem Blatte zufolge wurde dem Generalgouverneur von Irkutsk anheimgestellt, die Straf-Straflinge, die bei dem Eisenbahnbau beschäftigt werden acht Monate für ein ganzes Jahr, den zur Anfechtung Urtheilten jedes Jahr für zwei angerechnen, und für die über zwei Jahre am Eisenbahnbau thätigen Verbannten die Frist zur Wahl eines festen Wohnsitzes zu verkürzen u. s. w. Obgleich die durch das Gefängnisleben geschwächten Verbannten frei gemieteten Arbeiter in heubetendern Grade an Arbeitskraft nachstanden, so hatte dieser Versuch dennoch ein gutes Ergebnis. Am 15. Juli nahmen die Straflinge in einer Anzahl von 250 Mann die Arbeiten auf. Außerdem wurden gegen 1200 zur Anfechtung nach Sachalin Verbannthe herangezogen. Auch im Gouvernement Tomsk soll der Versuch gemacht werden. Zum 1. Januar 1893 zählte man 37,551 Verbannte, und Arrestanten gab es im Jahre 1892

Um zu räumen, halb umsonst
verkauft einzig und allein
der Hauptlieferant der Beamten, Handwerker und Arbeiter
Albert Wagner
Friedrich-Wilhelmstraße Nr. 70
vis-à-vis der Brennerrei von Kaiser.

Kleiderstoffe.
Hauskleiderstoffe, doppeltbreit, Meter 40, 45, 50, 60, 75 Pf. u. 1 Mk.
Lace, doppeltbr., alle Farben, Meter 55, 60 u. 65 Pf.
Spezial in neuest. Farben, Met. 85, 90 Pf., 1, 1,20, 1,50 u. 1,80 Mk.
Reine Fantasie-Kleiderstoffe, Met. 75, 90 Pf., 1,10, 1,30 u. 1,50 Mk.
Schwarze Cachemire, reine Wolle, Met. 90 Pf., 1, 1,30, 1,50—3 Mk.
Körbes, reine Wolle, alle Farben, Met. 1, 1,20, 1,50 u. 1,80 Mk.
Epiagné, Diagonal, Araure, in den neuesten Farben, reine Wolle, Meter 90 Pf., 1, 1,20—1,50 Mk.
Büchen.
Büchen, breite, gediegene, waschechte Qual. 18, 20, 25, 30, 35 u. 40 Pf.
Büchen, reinleinen elegante Dessins 29, 30, 35 u. 40 Pf.
Büchen, Deckbettbreite, d. h. ohn. Nacht 45, 50 u. 60 Pf.
Fertige Bettbezüge, 2,75, 3, 3,50, 4 Mk.
Jaquettes.
Jaquettes, sehr elegant, anlegend und los, jetzt 4,50 Mk., früher 10 Mk.
Jaquettes, schwarz Kammgarn, jetzt 6 Mk., früher 12 Mk.
Mädchen-Jaquettes für jedes Alter von 2,50 Mk. an.
Kinder-Jaquettes, sehr niedliche Sachen von 1 Mk. an.
Costüme.
Fertige Costüme nach Pariser und Wiener Modellen, gearbeitet in allen modernen Farben, die fiegend von 12 Mk. bis 30 Mk.
Frauen-Kleider in größter Auswahl in schwarzen Cachemires, Crepe's und Fantasie-Stoffen v. 13 bis 36 Mk.
Anfirmanden-Kleider, elegant und gut fiegend von 7 Mk. bis 15 Mk.
Kinder-Kleider.
Kinder-Kleider, sehr aparte und schöne Sachen 2,50 Mk.
Kinder-Kleider für jedes Alter, gut fiegend von 3 Mk. an.
Kinder-Kleider schon von 75 Pf. an.
Größte Auswahl
in Kaffee, Satin, Seide, Kaschmir u. Bolivar-Blusen, stets das Neueste schon von 1,20 Mk. an.
Casim-Kleider, Gloden-Herons von 4,50 Mk. an, La-Nude 3 Mk.
Gesamtkleider-Kleider 1,80 Mk.
Herren- und Knaben-Anzüge
in größter Auswahl, wie nach Maß gearbeitet. Ich empfehle einen guten Anzug für 16 Mk., einen Anzug von dauerhaftem Stoff für 12 Mk., Anze-Knaben-Anzüge in allen Größen, guten Stoffen von 3 Mk. an.
Als Anhaltungs-Gegenstände
empfehle ich: Seide, Seide, Seide, a. i. Deckbettbreite, Spinn, Dargest, Bettdecken, Tischläufer, Handtücher, Kissen und Leppche in größter Auswahl zu noch nie dagewesenen Preisen.

Aber nur im billigsten Geschäftshaus der Provinzialstadt
Albert Wagner
70, Friedrich-Wilhelmstraße 70,
gradeüber der Brennerrei von Kaiser.

Lobe-Theater.
Mittwoch:
„Trene“
Donnerstag:
„Trene“
Victoria-Theater.
(Simmone-Serie).
Budapester
Possen-Theater.
Anfang des Concerts 7 Uhr.
der Vorstellung 7 1/2.
„Harmonie“
Sommer-Theater,
Nicolaistraße 27.
Süßlich:
Große Künstler-Vorstellung.
Anfang 8 Uhr.

Genossen,
welche sich an der Wahlagitacion im Kreise Oels-Wartenberg beteiligen wollen, werden ersucht sich **Donnerstag Abend 8 Uhr,** im Gasthaus zu den „drei Lanben“, Neumarkt 8, einzufinden.
Da es notwendig ist auch in diesem Kreise festen Fuß zu fassen, ist es Ehrenpflicht eines jeden Genossen, sich an dieser Agitation zu beteiligen.
Joseph Giessmann.

Oblau.
Freitag, den 7. September,
Abends 8 Uhr:
Öffentliche
Partei-Versammlung
im Gasthaus zur „Stadt Oels“ bei Schmidt.
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Der Einberufer.

Confiscirt
Mainnummer
des
Wahren Jacob
und
Süddeutscher Postillon
so lange der Vorrath reicht, zu haben in der Expedition der „Volkswacht“.

Mittwoch, den 11. September, Abends 8 Uhr
findet eine
Gr. Volks-Versammlung
im Saale der „Concordia“, Margarethenstraße 17, statt.
Tagesordnung: 1. Die Rechtsstellung der Frau und das bürgerliche Gesetzbuch. Referent: Frau Emma Jhrer. 2. Diskussion. 3. Stellung der socialdemokratischen Frauen zum Breslauer Parteitag. In Anbetracht der überaus wichtigen Tagesordnung wird um recht zahlreichen Besuch, besonders der socialdemokratischen Frauen u. Mädchen gebeten.
Entree zur Deckung der Tageskosten 10 Pfennig.
Die Einberuferin.

Fabrik v. Arbeiter-Garderobe
Specialität: Arbeiter-Hosen, Hemden und Jacken
am allerbilligsten bei 63 E. Liedecke, Sieckgasse 30.

Sopha
gut und dauerhaft gearbeitet, von 18 Mk. an, polirte Bettstellen mit Matraße und Keilkissen von 27 Mk. an. Schränke, Eische Spiegel, Büchermöbel billig nur 40/50
Breitestraße 3, I
Schindler, Tapezierer

Portrait
von
Friedrich Engels.
Größe 24/20 Ctm.
Preis 20 Pfennige.
Nach Auswärts gegen Einsendung von 23 Pf. in Briefmarken durch die Expedition der „Volkswacht“.

Gummi.
H. Gummi-Artikel, 1, 2, 3 Mk. p. Dsb.
Max Sander,
Breslau, Reuschestraße 58/59

Allen Musik- u. Gesangsschülern bestens empfohlen:
Kurzgefaßte
allgemeine Musiklehre
von
C. A. Herm. Wolf,
Kapellmeister und Lehrer der Musik.
Preis 20 Pf.
Vorrätig in der Exped. dieses Blattes

Sozialdemokratisches
Liederbuch
im **Max Kogel.**
Preis 40 Pf.
Vorrätig in der Exped. d. Blatt

Der schlechten Zeit
angemessen kauft man nirgends billiger und reeller
Regulateure, Wanduhren, alle Arten Taschuhren, sowie Gold- und Silberwaaren
direct vom Fachmann als **Selegers**
Werkzeuge, wie sie keine Concurrer bieten kann.
Mein Prinzip
großer Umsatz, kleiner Nutzen nur bei
P. Thiel,
Messergasse 12, dicht a. d. Schmiedestraße

Musik-Instrumente.
Alle Klav., Streich- u. Schlag-Instrumente, Epibloien zum Drehen u. spielen, Harmonika's u. s. w.
R. Cohn, Kupfergasse 17.

Vereins-Kalender.
Breslau.
Donnerstag, den 5. September:
Bereinigung der Male Radirer, Anstreicher und verwandten Berufsgeossen Abends von 7 1/2—9 1/2 Uhr: Versammlung im Vereinslocal bei Edlich, „Zauben“, Neumarkt — Zahlungen — Aufnahme neuer Mitglieder — Kollegen, welche nicht der Bereinigung angehören, sind als Gäste willkommen.
Gesangverein in Breslau: Gutmacher. Wechs d. 8 1/2—10 Uhr. Uebungsstunde im Vereinslocal „zum rothen Löwen“ Kupfergasse 17, Straße 21.

„Zur Illumination am „St. Sedan““

brachte der „Vorwärts“ in seiner Sonntagsnummer „einige lächelnde Reueklippen aus dem conservativen Lager.“

„Aus dem 116. Brief.“ . . . An Freiherrn v. Hammerstein . . . 16. August 1889 . . . Zu Ihrem glorreichen Sieg über die Wilhelmstraße . . . meine beste Gratulation . . .

„Aus dem 118. Brief.“ . . . An Freiherrn v. S. . . . 12. October. Die jetzt in der Politik herrschende Richtung muß doch einmal abwichschaften. Ich halte es für höchst glücklich, daß dann klar am Tage werden wird: 1. daß wir die Klügleren gewesen sind, 2. daß wir als abgestrafte Warner rein sind an dem Banquerott . . .

„Aus dem 122. Brief.“ . . . an Frhrn. v. S. . . . 3. Dec. 89 . . . Die Güterelohler sind ausgeglichene Dickköpfe; da heißt's: „den Katholiken nicht den kleinen Finger reichen, aber wenn diese Bedingung erfüllt ist, mit Hammerstein selbst gegen die Wünsche des Königs, wenn's sein muß, durch Dick und Dünn!“

„Aus dem 123. Brief.“ . . . an Freiherrn v. S. . . . Wenden Sie sich, da Herr v. d. Red' krank ist, an Superintendent Volkering in Holzhausen, Kreis Lübbecke . . . Es ist derjenige, der in Wirklichkeit alles zurecht bringt. Aber Dr. Kropatschek werden Sie hier zu Lande schwerlich anbringen, was mir aufrichtig leid thut. Er hat sich die ganze bei uns auf dem Lande fast überall conservativ Lehrerwelt zum Feinde gemacht. Einer von Ihnen beiden, entweder

Er aber Kropatschek, muß als Sündenbock gelten und da th's besser, der leidet, der es ja doch auch in Wirklichkeit ist . . . Wünschen Sie, daß Kropatschek wiedergewählt wird?

„Aus dem 124. Brief.“ . . . 8. Januar 1890 . . . In Folge dieser Dinge ergab ich mich heute Abend zu dem Geheimrath Hinzpeter. Das Resultat einer einständigen Unterredung ist das folgende: 1. daß Seine Majestät der Kaiser über die Aufforderung Ihrer Candidatur empört sei, als als Dubenstreich bezeichnet habe, bezeichnet Hinzpeter als aus der Luft gegriffen mit dem Bemerkens, daß dies ja ein Act despothischer Willkür sein würde. 2. . . . 3. dagegen sei die Sachlage folgende: Es sei ein wunder Punkt bei Seiner Majestät, dessen fortwährende Berührung den Kaiser auf das äußerste reizt, daß ein Gegensatz zwischen ihm und dem Reichskanzler statuiert und die Sache so barge stellt werde, als könne der Kaiser nicht so, wie er wolle. Auf Grund eigener Beobachtungen habe nun der Kaiser den Eindruck gewonnen, daß die Aufstellung ihrer Candidatur in diesem Ihnen an und für sich fern stehenden Wahlkreise, von dessen besonders loyaler Gesinnung der Kaiser durch Hinzpeter's Schilderung von jeher besonders fest überzeugt gewesen, nicht anders erklärt werden könne, als daß die conservative Partei für den Kaiser gegen den Reichskanzler demonstrieren wolle. Ueber diese Tendenz sei der Kaiser „empört“ und das habe er geäußert . . .

„Aus dem 129. Brief.“ . . . an Frhrn. v. S. . . . Folgendes als das Neueste streng vertraulich: Hinzpeter erzählt hier ohne Reserve, er habe in der Arbeiterfrage und in betreff der kaiserlichen Erlasse zwischen dem Kaiser und dem Reichskanzler vermittelt, um den Widerstand des Reichskanzlers zu überwinden. Das hat er dem hiesigen Oberbürgermeister erzählt . . . Der Mangel an Discretion ist bei Hinzpeter überhaupt geradezu himmelschreiend.

„Aus dem 132. Brief.“ . . . 17. Februar 1890. Ich hoffe sicher, daß Sie mehr Stimmen als Dittfurth erhalten, obgleich ein Theil der Freisinnler und Socialdemokraten diesen mitwählen werden . . . Leider sind in Heepen auch viele treue Wähler zu Dittfurth hinübergezogen worden. Sie lassen sich nicht ausreden, daß der Landrath die Anweisung zu seinem Vorgehen aus dem Cabinet des Kaisers empfangen habe.

„Aus dem 133. Briefe.“ . . . 25. Febr. 90 . . . Wir sind wohl geschlagen, aber nicht zerschlagen . . . Ich, der ich schon einmal zu den Declaranten der „Kreuz-Zeitung“ gehört habe, würde keinen Anstand nehmen, noch einmal diesen Platz einzunehmen.

„Aus dem 135. Briefe.“ . . . Stordwitz, 27. Febr. 90. Mein lieber Freund! . . . Man hat seine treuesten Stützen in einem jugendlichen . . . zerbrochen, nun braucht man sich nicht zu wundern, wenn das ganze Gebäude in den Fundamenten kracht . . .

„Aus dem 136. Brief.“ . . . 27. Febr. 90 . . . Die Schuld hat dieses haarsträubende System, welches einen solchen Landrath ermöglicht. Wenn das nicht bald anders wird, dann geht nicht nur die conservative Partei Ravensbergs, sondern auch manches andere aus dem Leim, nach welchem die preussische Krone sich bald zurückziehen wird. Ich habe immer das Gefühl gehabt, daß seit dem Tode Wilhelms I. uns der Boden unter den Füßen schwankt, aber so Schlimmes habe ich doch nicht gefürchtet. Die „Kreuz-Zeitung“ und ihre Conservativen in den Damm gethan und — Hinzpeter die rechte Hand des Kaisers. Wenn man den Lezieren kennt, hat man an dieser einen Thatsache genug . . . Ich für meine Person hätte nichts dagegen, wenn Singer hier gewählt würde, einmal Dittfurth's wegen und zum andern, weil die socialistische Hochfluth nachgerade als das einzige Heilmittel erscheint. Aber diese Erwägung ist für die Wähler zu sein.“

„In seiner Druckzettelnummer legt der „Vorwärts“ die Veröffentlichung der Briefe als folgt fest:

Aus dem 116. Brief . . . An Freiherrn v. Hammerstein . . . 27. Febr. 90. Sieht es wohl eine seltsame Ironie der Geschichte, als daß derselbe Landrath, der Ihre Vereinerung mit dem „Welfen“ Windthorst als ein Staatsverbrechen ansah, mit seinem Wahlsiege jetzt einen demokratisch angehauchten Ultramontanen als das kleinste Uebel wählen muß?

„Auf die Interpellation gegen Dittfurth rechnen wir bestimmt. Ich bereite das Material für den Wahlprotest vor und übersende Ihnen seinerzeit eine Abschrift. Wenn mich eines gezeut hat bei diesen Wahlen, so ist es das, daß Herr von Hellborn nicht wiedergewählt wird.“

„Ist es denn nicht möglich, nun Stöcker in Siegen das Mandat sicher hat, den Wahlkreis Minden-Lübbecke für sie frei zu machen? . . .“

„Aus dem 118. Brief.“ Herr Pastor von Bobelschwingh (an einen politischen Freund des Freiherrn von Hammerstein). Bethel bei Bielefeld, 8. August 1889. Theurer Freund! . . . Ich erzählte Freund Stöcker gelegentlich über die großen Schwierigkeiten, welche seiner letzten Wahl vorausgegangen sind und wie hier seine besten Freunde den Muth hätten sinken lassen, seine Wahl aufrecht zu erhalten, weil die sichere Ueberzeugung sich verbreitet hätte, daß man an seinem Durchkommen zweifle. Ganz besonders niederschlagend hätte auf die Freunde hier eine Nachricht aus Berlin gewirkt und zwar von ihm nahe befreundeter Seite, daß, wie die Sachen einmal liegen, dem Kaiser und der Kaiserin ihre schwierige Lage Stöcker gegenüber erleichtert würde, wenn ihm nicht noch einmal ein politisches Mandat übertragen würde . . . Stöcker hat nachher v. Mirbach gefragt, ob er es gethan habe (die betreffende Nachricht verbreitet) und dieser hat erklärt, daß er es nicht gethan habe. Von einer Aeußerung meinerseits, daß v. Mirbach gegen Stöcker aufgetreten sei, konnte natürlich nicht die Rede sein . . .

„Aus dem 137. Brief.“ . . . (der polit. Freund des Freiherrn von Hammerstein) an Herrn Hofprediger Stöcker . . . 5. März 1890. Hochgeehrter, lieber Herr Hofprediger! Meinen herzlichsten Segenswunsch zu Ihrer Wiederwahl in Siegen. Das war eine Freude in dieser trübten Zeit . . . Meine Stellung . . . ist in Folge der Candidatur Hammerstein gefährdet und kann sehr leicht über Nacht unhaltbar werden. Ich habe zwar die ganze Partei hinter mir, aber ich weiß nicht, ob sie mich wird halten können, fast möchte ich es bezweifeln. Sie kennen den Oberlehrer Wapenjenich. Er hat sich vor 12 Monaten von der Partei völlig zurückgezogen, weil sie die Geffen-Affaire anders beurtheilte als er . . . Er warf uns Haß gegen den Fürsten Bismarck vor. Als die Partei Hammerstein aufgestellt hatte, trat er mit dem schönen Verräther (Name), mit dem er sich, wie man mir erzählt hat, solidarisch erklärt, auf die Seite des Landraths von Dittfurth, und sein großes Ansehen aus früherer Zeit besonders bewirkte den Abfall der Schwachen und das ganze jammervolle Wahlresultat . . . Es handelt sich . . . darum, die conservative Partei ins mittelparteiliche Lager zu ziehen. Vielleicht steht Hinzpeter dahinter. Damit mir nichts an-

*) Wir haben uns bei der fragmentarischen Veröffentlichung dieses Theiles des Hammerstein'schen Briefwechsels vorläufig auf die nachfolgende Auszüge beschränkt, welche geeignet sind, sowohl die „bis in die Knochen königstreuer“ Briefschreiber in ihrer nackten Gestalt hervortreten zu lassen, als einen wichtigen Beitrag zur wahren Geschichte der „kleinen aber mächtigen Partei“ zu bilden.

**) Bekanntlich ließ sich statt v. P. der Landrath v. Dittfurth gegen Frhrn. v. Hammerstein in der Reichstagswahl 1890 aufstellen, bei der aber Singer mit Landgerichtsrath Evers in die Stichwahl kam.

***) Im 46. Psalm heißt es: Gott ist unsere Zuversicht und Stärke, eine Hilfe in großen Nothen, die uns getroffen haben. Darum fürchten wir uns nicht, wenn gleich die Welt unterginge, und die Berge mitten in's Meer sanken. Die Heiden müssen verzagen und die Königreiche fallen.

†) Declaranten hießen eine Anzahl streng conservativer Männer, die durch eine Erklärung in der „Kreuz-Zeitung“ gegen Bismarck's Aeußerung protestirten, die er am 9. Febr. 1878 im Reichstage gethan hatte, daß sich jeder, der die „Kreuz-Zeitung“ halte, indirect an den Verleumdungen theilhaftige, die diese im Sommer 1875 gegen die höchsten Beamten des Reichs gerichtet habe. Bekanntlich hatte die „Kreuz-Zeitung“ Bismarck, Camphausen und Delbrück theilhaftig an Gräuelpredicationen vorgeworfen. Die Feindschaft wurde erst später durch Vermittlung der Grafen Mirbach und Herbert Bismarck allmählich beigelegt. Die „Kreuz-Zeitung“ und ihre Hintermänner wurden aber trotz ihrer angeblich königstreuen und streng-conservativen Haltung wiederholt noch in jüngster Zeit von dem Hof nachstehender Seite scharf angegriffen, so daß der Kaiser Wilhelm II. schließlich das Blatt auf seinen Schloßern zu halten verbot.

*) Randbemerkung des politischen Freundes für Frhrn. v. S.: „Da irrte Pastor v. Bobelschwingh; Schmalenbach war immer fest, von ein paar Tagen abgesehen, wo ihn wie auch mich selbst, die Unterstufe der Freunde aus Bielefeld — aber nimmer Berliner Einflüsse, die ziehen hier nicht! — etwas unsicher gemacht hatten. v. Bobelschwingh freilich und seine Anpaltsteuler standen jederzeit bombastisch.“

**) Bei der am 20. Februar 1890 stattgehabten Wahl erhielten Stimmen: Landgerichtsrath E. Evers in Bielefeld . . . 6094 Stadtdorndorner . . . Singer in Blauen-Deeben 4885 Landrath Franz v. Dittfurth in Bielefeld . . . 4593 Freiherr v. Hammerstein in Friedenau bei Berlin . . . 3249 Stadtverordneter Florenz Fickler in Adln . . . 1728

anfängen ist, will man mich weghängen. ... Ich würde mich um alle Leitung bei den Parteigenossen bringen und dann erst das thun, was ich nach Herrn ...

denn ich habe eine Anzahl recht aller Herren in der Redaction, zur Zeit ist das aber nicht der Fall.

Mit besonderer Hochachtung bin ich vor Ihrige
Hammerstein.

Aus dem 129. Brief ... 8. März 1890. An Herrn v. S. ... Meine Taktik ist: Die Dittfurth'sche Alliance jetzt persönlich durchaus schonen, wenn möglich ignorieren, in der Sache aber freier und kühner reden, denn je. Ich muß imponieren, jede schwächliche Nachgiebigkeit würde meine Lage nur verschlimmern. Die Gegner müssen mich fürchten, da sie mich hassen.

Aus dem 130. Brief ... 9. März 1890. An Herrn v. S. Selbstem der vor einigen Jahren zusammengebrachte Garantiefonds verbraucht ist, zählt Daust allein alles, was fehlt. Infolge dessen übt er natürlich auf die Zeitung (die „Neue Westf. Volks-Zeitung“ in Bielefeld ist gemeint) einen Einfluß aus, der an sich, namentlich in der Judenfrage, hemmend ist, der aber geradezu unentbehrlich wird, wenn er dazu führt, daß Wapenhensch durch Daust Einfluß auf die Haltung der Zeitung gewinnt.

Nachschrift. Vertraulich!
Nach Rücksprache mit bewährten Freunden muß ich aber in Ihrem Interesse und im Interesse der Partei einen Punkt berühren, den ich ganz vertraulich zu behandeln bitte:

Ich raibe Ihnen dringend, (Name) keine politische Geheimnisse anzuvertrauen. Trotz aller üblen Erfahrungen und trotz des besten Willens ist es (Name) unmöglich, der Versuchung zu widerstehen, die Geheimnisse in wichtiger Weise theils unter dem Siegel der Verschwiegenheit, theils ohne dieses weiter zu geben.

So hat er beispielsweise Ihre letzte Mittheilung, daß Hinzpeter's Einfluß beseitigt und Bismarck in die bescheidene Rolle eines Ministers zurückgetreten sei, am Tage nach Empfang einer mir bekannten Dame erzählt.

Hier ist gerade durch solches Erzählen von Geheimnissen die größte Verwirrung angerichtet, und wir haben es an Ditteln um größere Schweigsamkeit nicht fehlen lassen — aber ...

Aus dem 142. Brief ... an Herrn v. Hammerstein, Bielefeld, 2. Mai 1890 ... Die letzte Zeit mit ihren Kämpfen hat unserer Partei nicht allein eine Niederlage, sondern, was viel schlimmer, die Zerrissenheit gebracht.

Wir können Herrn (Name) nicht einfach entlassen, das ist uns klar: unser Gewissen schreit dagegen, und auch die politische Taktik verbietet es, denn (Name) hat viele Freunde, und seine persönliche Liebenswürdigkeit, seine wirkliche, ungeheuchelte Frömmigkeit verdient die wärmste Theilnahme ... Deshalb ergeht meine inständige Bitte an Sie, verehrter Herr Baron: helfen Sie uns aus diesem grausamen Dilemma.

Aus dem 143. Brief, dem Antwortschreiben des Freiherrn v. Hammerstein, Berlin, 4. Mai 1890. ... Ich bedauere es tief, daß in die dortige conservative Partei ein Riß gekommen ist ... Der Verrath, der aus dieser (Vertrauensmänner-) Versammlung heraus geübt worden und die schamlosen Intriguen, welche auf diesen Verrath gestützt bis zu der Person des Kaisers gesponnen wurden, haben allein die tiefe Spaltung ...

Es kommt hinzu, daß es sehr schwer halten würde, in kurzer Zeit für (Name) eine andere Stellung zu schaffen. Hätte ich eine Vacanz in meiner Redaction, so würde ich sofort bereit sein, ihn bei mir aufzunehmen. Es ist möglich, daß eine solche in nicht zu ferner Zeit eintritt,

Gerichtliches.

Ein Majestätsbeleidigungs-Proceß, der in seinem Ausgange zu Vergleichen mit dem vielbesprochenen Essener Proceße Veranlassung geben kann, ward vor einigen Tagen vor der Strafkammer I des Landgerichts Hannover verhandelt. Angeklagt war der Cigarrenmacher Heinrich Schwörer aus Mitteln. Derselbe soll, der Klage zufolge, der socialdemokratischen Partei angehört; der Angeklagte selbst behauptet aber, er gehöre keiner Partei an. Die angeklagte Majestätsbeleidigung wird darin gefunden, daß der Angeklagte während einer am 22. April d. J. im Altheberg'schen Saale in Mitteln abgehaltenen antiseimlichen (!) Versammlung, in welcher der Lehrer Githell das Abliche Kaiserhoch ausbrachte, während dieses Hochs sitzen geblieben sein soll. Nun will aber der Angeklagte bei Ausbringung des Hochs noch gar nicht in der Versammlung anwesend gewesen, sondern erst viel später gekommen sein. Der Polizeiführer Franz zu Mitteln will indes „ganz genau“ wissen, daß Sch. in der hier fraglichen Versammlung bei dem betreffenden Kaiserhoch anwesend gewesen und sitzen geblieben ist. Franz sagt dies unter Eid aus. Dagegen lagen drei andere Zeugen unter Eid aus, daß Sch. während des Kaiserhochs noch nicht anwesend war. Nach der Ansicht des bekannten Essener Staatsanwalts müßten hier also wieder verschiedene Meineide geschworen sein; jedoch nimmt das Gericht an, daß der Polizeiführer Franz sich geirrt hat und spricht den Angeklagten kostenlos frei.

Der frühere Redacteur des nationalliberalen „Anhaltischen Curiers“ in Bernburg, Grünwald, ist von der Strafkammer zu Bernburg am Donnerstag wegen Erpressung zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Der Staatsanwalt und ebenso der Vorsitzende des Gerichts bezeichnete das Verfahren des Angeklagten als „ein geradezu gemeinfährliches“, an Hochstapelei grenzendes Treiben“. Grünwald war bei den Reichstagswahlen von 1890 die Hauptstütze und der Hauptagitator der Nationalliberalen. Er rühmte sich stets seiner guten Beziehungen zu hervorragenden Abgeordneten der nationalliberalen Partei, so auch während der Proceßverhandlungen zu seinem Schulfreund, dem Grafen Wilhelm Bismarck. Noch auf dem vorjährigen anhaltischen Parteifest der Nationalliberalen auf dem Stubenberge bei Bernode hielt Grünwald eine große Rede. Das hinderte ihn nicht, gerade in jener Zeit die Gründung einer Mittelstandspartei in Bernburg in die Wege zu leiten und energisch zu fördern. Seit drei oder vier Jahren war Grünwald mit dem Fabrikanten Wilhelm Rothe associirt zur Fabrication von patentirten Bierreinigungsapparaten. Gegen einen der Hamburger Vertreter der Firma Rothe und Grünwald war die Erpressung verübt worden. In manchen Gegenden ist er bereits aus seinem früheren Wirken in der Pfalz, Hannover und Gotha sattsam bekannt.

Die Schloßherrin von Geiersbed. Ein sensationeller Proceß wird, wie der „Vorwärts“ berichtet, das Kammergericht nach den Gerichtsserien beschäftigt. Der Berichterstatter weiß darüber folgendes mitzutheilen: Geiersbed ist ein romantisch gelegenes Schloß auf waldiger Bergeshöhe im Thüringischen und die Schloßherrin eine üppige, verführerische Gestalt. An ihrer Wiege war es ihr nicht gelungen, daß eini Fürsten und Grafen, Barone und leichtlebige Bankiersöhne zu ihren Füßen liegen würden. Sie war schön, das wußte sie schon, als sie noch klein war, wozu sollte sie also etwas lernen? Außerdem ist Dummheit eine Gabe Gottes, wenn sie nicht mißbraucht wird; die eigene hat sie auch nie mißbraucht, wohl aber die fremde. Ihr Lebenslauf war ein Triumphzug durch die Reihen Derjenigen, die nie alle werden. In den 70er Jahren tauchte der später vielbekanntere Stern als Confectioneure in einem der ersten Geschäfte Berlins auf. Sie war hübsch, verführerisch und verdeckte die Blüten ihres Wissens durch eine glücklich gepielte Naivetät. Ihre Correspondenz beschränkte sich auf zwei Formulare: „Komme heute um ... Uhr zu mir“ und „Heut Abend um ... Uhr bin ich allein“. Das genügte. Doch halt, ein Formular gebrauchte sie ebenso häufig: „Bieder ...! ich brauche reich ...“ „Mar! Bitte, bitte!“ Dem Erstreborenen ihres Herzens wurden die letzten Formulare zu häufig, er ging und überließ es dem Sohne eines unierer ersten Bankiers, sich das letzte Formular in zahlreichen Exemplaren zu sammeln. Wenn Papa wieder einmal eine große Staatsanleihe besorgt hatte, war dem Söhnchen nichts zu theuer. Nach einigen Jahren freilich ging auch er. Inzwischen war die Holde in der Berliner Welt bekannt geworden und eine vielumworbene Persönlichkeit; selbst die Polizei interessirte sich lebhaft für sie, aber mit Hilfe guter Freunde wußte sie dieselbe von der Harmlosigkeit ihres Lebens zu überzeugen. Von da ab lebte sie auch sehr still, denn sie verkehrte fast nur mit Eheleuten, d. h. nicht mit den Damen. Vorsichtig war sie auch, denn sie hielt darauf, daß nur reiche Herren bei ihr Eingang fanden. So war denn unsere Schöne im Besitz einer fürstlich eingerichteten Wohnung im Centrum der Stadt und einer jährlichen Rente von 30-35,000 Mark. Eines Tages stellte ihr eine langjährige Freundin, die Wittve eines pleitegegangenen Bankiers, einen reichen Edelmann aus altem Geblüth vor. Dem Letzteren erzählte die Wittve eine rührende Geschichte. Ihre Freundin sei jahrelang die Braut eines abligen Bankiersohnes gewesen, aber der Vater habe von der Heirath nichts wissen wollen und mit Enterbung gedroht, da er für den Sohn bereits eine sehr reiche Partie in einer großen Handelsstadt ausgesucht hatte. Um die Sache zu beendigen, habe der Vater ihrer Freundin eine sehr große Abhandlungsumme geboten und nach schwerer Herzenskämpfe habe sie das Geld genommen, um nicht Ursache einer Entpörung zwischen Vater und Sohn zu sein. Im Bewußtsein, das Glück ihres ehemaligen Bräutigams gesichert zu haben, lebe sie jetzt in stiller Zurückgezogenheit von ihren Renten. Der Baron war gerührt. Ohne über seine Zu-

stände irgend welche Untersuchungen anstellen, sondern er sah nur die Hand und ließ sie die Ordnung ... In der That hatte die Wittve dem Baron mit einem großen Betrag ...

Statistisches.

Brände im preussischen Staat haben nach den dem statistischen Bureau eingesandten Zählarten der Polizeibehörden im Jahre 1893 32576 stattgefunden, bei denen entweder Menschen verletzt oder ein Schaden von mindestens einer Mark Werth entstanden ist, 1077 oder 3.419 pCt. mehr als im Vorjahre. Die „Statist. Corr.“ bemerkt dazu: Die Zählarten berichten über 29415 einzelne Schadenbrände, 1775 oder um 6.423 pCt. mehr. Die Zunahme der Brände und der von solchen betroffenen Besitzungen ist eine regelmäßige Erscheinung geworden, aber vorzugsweise auf unbedeutende Ereignisse in den Großstädten zurückzuführen, denen mehrere Jahre nach einander eine Abnahme solcher Brände gegenüberstand, welche mehr als eine Besizung betroffen haben. Im Jahre 1892 waren jedoch 3859 Besitzungen gegen 1908 im Vorjahre durch einen in einer anderen ausgebrochenen Brand beschädigt worden, also 13.96 pCt. der Ausbruchgehöfte; 1893 verringerte sich die Zahl der später ergriffenen Gehöfte wieder auf 3161 oder 10.75 pCt. derjenigen, in denen das Feuer ausgebrochen war.

Ueber den Tabakverbrauch in Frankreich werden in dem „Jahrbuch der französischen Statistik“ interessante Angaben veröffentlicht. Das Tabakmonopol trägt dem Staate alljährlich 375 Millionen, d. h. den zehnten Theil der gesammten Staatseinnahmen ein. Die Zahl der Tabakmanufacturen beträgt einundzwanzig. Von den 16,559 Arbeitern sind neunzehntel (14,922) Arbeiterinnen. Die anstrengende Maschinenarbeit liegt den Männern allein ob. Die 33 Blättermagazine (28 für einheimische und 5 für ausländische Blätter) beschäftigten 203 Arbeiter und 291 Arbeiterinnen. Die Tabakfabrication beträgt jedes Jahr 36 Millionen Kilo. Diese Zahl ist im Abnehmen begriffen, und dennoch wachsen die Einnahmen des Monopols mit jedem Jahre. Das kommt daher, daß das Publikum immer mehr gute und folglich theure Cigarren raucht, während der Schnupftabak außer Gebrauch kommt. In ganz Frankreich giebt es 44 969 Tabakbureaus, mithin auf zwölf Quadratkilometer und auf 850 Einwohner je eines. Diese Bureaus verkauften letztes Jahr vier Millionen Kilo für 61 Millionen Franken. Jeder Pariser verbraucht also 1300 Gramm Tabak jährlich und zahlt dafür 20 Franken. Für ganz Frankreich ist der mittlere Verbrauch geringer, denn er beträgt bloß 10 Franken auf den Kopf.

Socales.

Breslau, den 4. September 1890.

Den lebhaftesten Anregungen folgend, die sich aus den Leserkreisen der „Volkswacht“ äußern, erklären wir uns gern bereit, etwaige Gaben zur Unterstützung der Familien der im Essener Meinidsproceß zu langjährigem Zuchthaus Verurtheilten entgegen zu nehmen und zu ihre Adressen abzuführen.

Verleumdung des preussischen Staatsministeriums und der deutschen Reichsregierung. Vor der ersten Strafkammer des Landgerichts stand gestern Genosse Kroll als verantwortlicher Redacteur der „Volksstimme“, um sich gegen die ihm zur Last gelegten Vorwürfe, das preussische Staatsministerium und die deutsche Reichsregierung in einem Leitartikel „Schonerr“ beleidigt zu haben, zu verantworten. Vor Eintritt in die Verhandlung gab der Vorsitzende bekannt, daß der Strafantrag des preussischen Staatsministeriums gegen alle Strafanträge nicht von sämtlichen Ministern unterschrieben ist. Der Gerichtshof beschloß, daß die folgenden drei Unterschritten noch eingeholt werden müssen, da das Ministerium in Preußen nicht in dem Sinne als ein Collegium anzusehen ist, welches in solchen Fällen durch seinen Vorsitzenden vertreten werden kann. Die Verhandlung wurde deshalb vertagt.

Grober Unfug am nationalen Festtage. Bei der Sedanfeier, die hier mit vielem Pomp begangen wurde — sind doch allein durch die Illumination der Straßen, Plätze, Promenaden u. s. w. 66 Centner Del verbraucht worden — haben nicht nur Knaben und junge Burken, sondern auch ältere Personen vielfach groben Unfug durch Abbrennen von Feuerwerkskörpern verübt. Ueberall auf den Straßen und Plätzen knallte und knatterte es, so daß es wunderbar genug ist, daß nicht viele schlimme Verletzungen vorgekommen sind. Auf der Schmiebedrücke ging der Unfug so weit, daß aus Wohnungen in der dritten Etage Feuerwerkskörper auf die Straße geworfen wurden, wo sie ringsum Funken sprühend, explodierten. Ganz arg war der Unfug u. a. auf einem Theile der Juliusstraße. In einem Laden an der Schuhbrücke warf ein Knabe ein sogenanntes bengalisches Streichholz hinein, das einen im Laden liegenden Gegenstand in Brand setzte. Glücklicherweise wurde das Aufblühen der Flamme sofort bemerkt, so daß die Gefahr beseitigt werden konnte. Es ist in der That sehr bezeichnend, daß die Polizei, die doch sonst z. B. gegen die Socialdemokratie und alles, was im Geruche derselben steht, sofort einschreitet, solch groben Unfug bei dem Schlauchfeststrubel anscheinend ruhig geschehen ließ. Ja, Bauer, das ist etwas anderes!

Merzliche Begutachtung in Invalidenrentensachen. Die im Regierungsbezirk Breslau gemachten günstigen Erfahrungen haben den Vorstand der schlesischen Invaliditäts- und Alters-Versicherungsanstalt bestimmt, auch für den Bereich der Regierungsbezirke Liegnitz und Oppeln vom 1. September d. J. ab für die Vorbereitung und Prüfung der Invalidenrentenanträge folgende Gesichtspunkte maßgebend sein zu lassen:

1. Die Versicherungsanstalt sieht von der Beibringung eines ärztlichen Attestes durch den Antragsteller bei der Anmeldung des Anspruchs ab.
2. Die untere Verwaltungsbehörde stellt nach Anmeldung des Anspruchs die noch erforderlichen Ermittlungen über die persönlichen und wirtschaftlichen (Arbeits- und Lohn-) Verhältnisse an, soweit die dem Rentenantrage beigefügten Nachweise zur Feststellung der Erfüllung der Wartezeit, der versicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse und des von dem Versicherenden Verdienen gebrachten Lohnes nicht genügen. Zugleich stellt die untere Verwaltungsbehörde durch Befragen des Antragstellers fest, von welchem der für seinen Wohnort orts eingewiesenen Ärzte er untersucht sein will.
3. Die Versicherungsanstalt veranlaßt nach Eingang des Antrages erforderlichen Falls weitere Ermittlungen. Wenn solche nicht notwendig sind oder die von der Versicherungsanstalt veranlaßten Ermittlungen abgeschlossen sind, so giebt sie die Acten an den Arzt zur Untersuchung des Antragstellers und Abgabe des ärztlichen Gutachtens mit dem Ersuchen ab, die Acten mit dem Gutachten der unteren Verwaltungsbehörde wieder zuzusenden.
4. Die Kosten des ärztlichen Gutachtens trägt die Versicherungsanstalt.
5. Die untere Verwaltungsbehörde übermittelt sobald die Acten der Versicherungsanstalt mit der durch § 75 Abs. 1 des Gesetzes geforderten gutachtlichen Beurteilung.

Zur Granatexplosion auf der Bohrauerstraße wird noch berichtet: Wie jetzt ermittelt ist, war die auf der Bohrauerstraße explodirte Granate eines der älteren Modelle. Der Kaufmann Gärtner hatte sie sich 1878 auf dem Militärschießplatz bei Falkenberg angeeignet und selbst entladen. Die Hohlkugel bewirkte er öfter zum Hineinschießen von Feuerwerkskörpern, wie Sprühregen u. dergl., die dadurch einen festen Halt bekamen. In gleicher Weise hatte er am

Abend der Schauspieler Feuerwehr abgebrannt. Spät Abends betrat Reichsmüller zum Ende des Verfalls local Gärtner und verlegte einen besonders schön Feuerwerkskörper zu kaufen, erlaubte auch einen zum Preis von 1 Mark. Darauf ließ er sich durch Gärtner über die Art des Auszubrenns instruiren. Gärtner steckte den etwa 25 cm langen Feuerwerkskörper in die Granate, die von Dimke dann auf die Straße gestellt wurde. Nach dessen vergeblichem Versuch, das Feuerwerksgerät abzubrennen, änderte Gärtner dasselbe an. Zunächst floß Sprühregen auf, dem sich eine Reihe leuchtender Kugeln anschloß. Plötzlich erfolgte die Explosion der Granate aus noch nicht völlig ermittelter Ursache. Mit der Detonation erklang gleichzeitig das Schmerzensgeschrei der von den Eisensplittern Betroffenen. Auch Dimke wurde verletzt, Gärtner dagegen gar nicht. Der Zustand der Schwerverletzten ist vorläufig, mit Ausnahme Helmers, der noch nicht zum Bewußtsein gelangt ist, nicht besorgnißerregend. An der Unglücksstätte noch aufgefundenen Eisenstücke der Granate sowie die Papphülle des Feuerwerkskörpers wurden polizeilich mit Beschlagnahme belegt. Außer den elf namentlich festgestellten Verunglückten dürften noch mehrere Personen, die sich nicht erst gemeldet haben, leichte Verletzungen erlitten haben. — Kaufmann Gärtner, dem wohl die Hauptschuld an der Explosion der Granate zuzuschreiben ist, insofern er dieselbe unmittelbar durch das Inbrandsetzen der Papphülle veranlaßt wurde in Haft genommen.

Lobtheater. Heute, Mittwoch, geht die mit großem Beifall aufgenommene Schauspiel-Novität „Treu“ zum vierten Mal in Scene. — Wie die „Bresl. Btg.“ erfährt, wird die Leitung des Lobtheaters vom September des nächsten Jahres ab auf den Director des Stadttheaters Dr. Th. Loewe übergehen.

Im Budapestter Poffen-Theater wird morgen Mittwoch ein Klaviras-Abend gegeben. Es gelangen die beiden Stücke „Die Klaviras-Partie“ und „Die Klaviras-Partie nach dem Valle“ in der Original-Besetzung zur Aufführung.

Wegen städtischer Straßenbauten ist der Betrieb der Straßenbahnlinie „Gürtelbahn“ am Lehndamm unterbrochen; desgleichen ist der Betrieb der Linie „Striegauerplatz-Centralbahnhof“ wegen Asphaltirung des zwischen der Tauenzienstraße und dem Oberschlesischen Bahnhofes gelegenen Theiles der Neuen Taschenstraße gestört. Die Fahrgäste müssen an den Arbeitsstellen umsteigen.

Gefahren der Arbeit. Ein Arbeiter, der an einer Schraubenmaschine beschäftigt war, wurde von einem Kammrade erfaßt, wobei ihm der Daumen der linken Hand abgerissen wurde. — Einem Knecht wurde durch eine Egge eine tiefe Wunde am linken Bein beigebracht. Die beiden Verunglückten fanden im Hospital der Barmherzigen Brüder Aufnahme. — Gestern Mittag stürzte an dem Erweiterungsbau bei der Universität ein Maurerlehrling ein Stockwerk hoch hinab und zog sich einen complicirten Unterschenkelbruch zu. Zur ersten Hilfeleistung wurde die Sanitätscolonne der Feuerwehr gerufen. Medann wurde der Verunglückte dem Allerheiligenhospital zugeführt.

Schwere Beschädigungen von Denkmälern sind im Laufe des vergangenen Monats auf dem Friedhofe an der Döwitzerstraße vorgekommen; es wurden Denkmäler umgeworfen und zertrümmert und an anderen die Goldschrift durch Feuer zerstört.

Ueberrfahren. Montag Nachmittag wurde auf der Schiefwerderstraße ein Schulknabe von einer Droschke überfahren, wobei ihm das rechte Bein gebrochen wurde. Sanitätsmannschaften der Feuerwehr brachten dem Verunglückten die erste Hilfe, dann wurde er in einem Krankenwagen dem Allerheiligenhospital zugeführt.

Flüchtig geworden ist ein 24 Jahre alter Mann, nachdem er seinem auf der Friedrich-Carlstraße wohnenden Vater vorgestern Abend aus dessen Wohnung 160 Mark gestohlen hatte. Der Flüchtling ist heger und trug bei seinem Weggange einen breitkrämpigen, schwarzen Hut, einen braunen, gestreiften Jaquetanzug und Lebergamaschen.

Aus dem Polizeibericht. In das Polizeigefängniß wurden am 2. d. M. 50 Personen eingeliefert. — Gefunden wurden: ein Portemonnaie mit Inhalt und eine schwarze Ledertasche. — Verloren wurde: ein braunledernes Portemonnaie mit 37 Mark, ein goldener, S. S. 25. 6. 1893 gezeichneter Trauring, eine goldene Halskette, ein Plüschbeutel mit einer Sätlei und einem Portemonnaie, eine braune carrirte Pferdebede mit reißer und blauer Kant: und ein Expeditionsbuch.

Schlesien.

Zur letzten Vernehmung und Gerichte des Oberlandesgerichts in Breslau. Die Verhandlung über die Vernehmung des Oberlandesgerichts in Breslau wird, das Oberlandesgericht in Breslau nach dem Inhalt des Urtheilsbeschlusses auf der 10. Sitzung am 10. Juni d. J. im 10. Sitzungssaal am 10. Juni d. J. dem in der Vernehmung erlagene. So heißt es in der Aufzählung des genannten Urtheils. „Es ist jetzt insbesondere über die Vernehmung in den Gruben scharfe Vorschriften erlassen worden, ähnlich denen, welche sich auf den Bergwerken im Saar- und Ruhrgebiet bewährt haben. Jede Anordnung zur Vermehrung der Sicherheit der unter Tage arbeitenden Bergleute ist natürlich mit Freuden zu begrüßen. Auch sollen in letzter Zeit umfangreiche Erhebungen darüber angestellt werden, ob auch im übrigen die hiesigen Einrichtungen vollkommene sind. Es besteht sich dies auf die Badeeinrichtungen, Ankleideräume, Abortverhältnisse, sowie auch die Beleuchtung in der Grube. Mit Bezug hierauf wäre zu empfehlen, daß die beiden hiesigen ober-schlesischen Gruben, die doch Muster- und Versuchsanlagen sein sollen, die aber noch nicht auf der Höhe mancher Privatanlage stehen, mit gutem Beispiel vorangingen.“ — Das Oberschlesien, das Eldorado der Kohlenbarone, für die in den Gruben beschäftigten Arbeiter eine Stätte des Glends und des jähen Unterganges ist, zeigt sich tagtäglich. Eine Besserung der herrschenden Zustände liegt nicht im Interesse des profitgierigen Kapitals und darum unterbleiben häufig scharfe Vorschriften und Maßregeln, die geeignet wären, Leben und Gesundheit der Bergarbeiter zu schützen. So die jetzt geplanten Maßregeln in dieser Beziehung Wandel schaffen werden, bleibt abzuwarten.

C. Haynau, 3. September. Am Sonntag, den 1. September tagte im „goldenen Löwen“ eine Parteikonferenz für den hiesigen, den Liegnitz-Goldberg-Haynauer-Wahlkreis. Der erste Punkt der Tagesordnung — Bericht über die Beschlüsse der schlesisch-posenischen Parteitagss — wurde mit dem zweiten Punkt — Die Agitation im Kreise — zusammengezogen. Genosse Leid recapitulirte kurz die Beschlüsse, soweit sie für die Verhandlungen in Betracht kommen. Durch die Auflösung der Agitationscommission sei eine andere Agitationsform, die des Kreisvertrauensmannes beschlossen. Derselbe solle die Agitation des Kreises leiten. Winkler-Liegnitz kann die Nothwendigkeit einer derartigen Institution nicht einsehen. Man schaffe sich eventuell noch größere Organisationen und gar Prozesse auf den Hals. In demselben Sinne spricht sich Merker-Liegnitz aus; daß die Agitationscommissionen ihren Zweck nicht erreicht hätten, könne er nicht einsehen. Diesen Ausführungen schloßen sich Mohring und Martin-Liegnitz an, noch einige neue Momente hinzufügend; während Stolz und Hänisch die Beschlüsse des Parteitages vertheidigten und von dem demokratischen Gefühl der Genossen eine Unterordnung erwarteten. Leid und speziell der anwesende Candidat des Kreises, Genosse Bruhn, lenkten die Debatte mehr auf das wie der Agitation im Kreise. Mündliche Agitation könne infolge Localmangels in den ländlichen Bezirken wenig betrieben werden. Man sei daher auf die schriftliche Agitation, die oft besser wirke als die mündliche, angewiesen. In seinem früheren Wirkungskreise habe er (Bruhn) die Erfahrung gemacht, daß kleine, populäre Flugchriften erfolgreich wirken. Alte Zeitungen, „alte Jacob“ u. s. w. nützen gar nichts, Schaden eher. Er mache den Vorschlag, in regelmäßigen Zwischenräumen gemeinsam im Kreise nach dieser Richtung hin vorzugehen, die Früchte würden nicht ausbleiben. Merker: In Liegnitz verspreche man sich mehr von größeren Flugchriften, so von Broschüren. Gegen ein gleichzeitiges Verbreiten sprächen dort auch die Mittel und der Umstand, daß nicht immer genügend Agitationskräfte zu erhalten seien. Ueberhaupt sei man aber der Meinung, Flugblätter hauptsächlich nur bei Wahlen zu verbreiten. Martin als auch Winkler weisen auf die Schwierigkeit der ländlichen Agitation hin. Eine gute Presse würde am besten wirken. Leid wendet sich gegen die Meinung, nur bei Wahlen durch Flugblätter zu agitiren; dadurch sinke man zu einer bloßen Wahlpartei herunter, danach müßten z. B. die österreichischen Genossen unthätig sein. Das Resultat der Debatte, an welcher sich noch Bruhn, Mohring, Martin und Leid theilnahmen, ist die Annahme folgenden Antrages: „Die Wahlkreisconferenz beschließt zunächst, im Herbst eines jeden Jahres einmal ein Flugblatt für die gesamten ländlichen Bezirke des Kreises zu verbreiten.“ Ebenso wird beschlossen mit der Organisation der Verbreitung aller für den ganzen Wahlkreis bestimmten Flugblätter die anwesenden Vertreter der Liegnitzer Genossen zu beauftragen. Des Weiteren soll die Broschüre „Gerechtigkeit und Freiheit“, von welcher die Liegnitzer Genossen einen größeren Posten übernommen und daher noch Verpflichtungen haben, in den Städten Goldberg, Liegnitz und Haynau verbreitet werden und sollen die Genossen von Haynau und Goldberg nach Kräften für Ueitung obengenannter Verpflichtungen mit eintreten. Die Frage des Kreisvertrauensmannes ruft nochmals eine längere Debatte hervor. Sie wird, nachdem die Liegnitzer Genossen mit der Organisation der Flugblattverbreitung beauftragt sind, als unerheblich angesehen und nicht weiter darauf bestanden. Dagegen ergibt sich aus der Debatte das Ausbrechen der alten Streitigkeiten zwischen Liegnitz und Haynau, welche ihre Erledigung in der Annahme des von Bruhn gestellten Antrages finden, welcher lautet: „Die Wahlkreisconferenz erachtet die bisher zwischen den Genossen in Haynau und Liegnitz obschwebenden Differenzen als beigelegt und erwartet bestimmt, daß nunmehr von beiden Seiten im Interesse der Partei Frieden gehalten wird.“ — Die Bescheidung des deutschen Parteitages wird einstimmig beschlossen, und zwar soll der Kreis durch einen Delegirten vertreten sein. Durch das Votum wird Liegnitz als der Ort bestimmt, welcher den Delegirten wählen soll. Unter Verschiedenem bedauerte Genosse Leid, daß heute die Agrarfrage nicht verhandelt worden sei. Außer den Liegnitzer Genossen könne kein Genosse im Kreise einen Druck auf die Wahl des Delegirten bezüglich seiner Stellung zur Agrarfrage ausüben. Da er Gegner derselben sei, würde

zu bebauern, wenn ein Anhänger derselben nach Dresden
ginge. Wenn hätte er auch Wenigsten Dresden mit einem
Wandel betraut, so ginge aber nicht, da Dresden Anhänger
des Unrechts ist. Aus dem Dresden und Leipzig kommt es
noch zu einer Aussprache über die Weisheit der manchen
Parteilisten eine solche heftige Sprache gegen den Unrecht
führer. Der Grund sei eben darin zu suchen, daß seit
dem Prinzipielle Auseinandersetzungen in der Partei
hinmangeln worden seien und sei die heftige Sprache
weil deshalb nur zu berechtigt. Wenigstens Vorigen ent-
scheidet sich noch keine Austragung, nach welchem die Vorigen
Wenigsten beschlossen haben, weitere Konferenzen nicht zu be-
schicken; er theilt auch mit, daß der Vertretungsmodus in Zukunft
anders sein soll. Wenigstens Dresden wendet sich gegen die letztere An-
sicht, nach welcher ein größerer Ort größerer Vertretungsrecht
beansprucht, unter Hinweis auf die Parteiorganisation und
den Vertretungsmodus auf den deutschen Parteitag. Welche
Anträge werden, als durch die gedachten Beschlüsse zunächst
gegenstandslos geworden, zurückgestellt. Hiermit schließt der
Vorliegende Genosse Stolz die Konferenz mit einem Hoch auf
die Socialdemokratie. Mögen die Verhandlungen dazu bei-
getragen haben, daß der alte Fader unter Wenigsten ver-
schwindet und neuer Eifer in der Vertretung einer energischen,
gemeinsamen Agitation an seine Stelle tritt.

Schlesberg i. Schl., 3. September. Landtags-
Erstwahl. Gewählt wurde Landgerichtsrath Seidel
(Centr.) mit 228 Stimmen gegen Schulze (liberal),
welcher 91 Stimmen erhielt.

Plebau, 2. Sept. Ein Opfer des Sedan-
rummels. Bei dem gestrigen Sedanfeste ereignete sich
ein schwerer Unglücksfall. Beim Essen von Wollerschiffen
wurde der Arbeiter Jochmann durch Würfelereisplitter so
unglücklich an den Kopf getroffen, daß er auf der Stelle
verstarb.

Reuthen Oe., 2. September. „Aufreizung
zum Klassenhass“ sollte unser Colporteur, Genosse
Eduard Luskner, dadurch verübt haben, daß er die dies-
jährige Mainummer des „Wahren Jakob“
(Nr. 228) verbreitete, d. h. an 6 Abonnenten übermittelte.
Ebenda sind bei Genossen L. die sonst freigegebenen Caristen
von Corvin, der „Paffenpiegel“ und die „Geißler“ beschlag-
nahmt worden. Der Angeklagte gab die Verbreitung des
„Wahren Jakob“ und des „Paffenpiegel“ zu; aber die
„Geißler“ hat L. nur in einem Exemplare besitzen. Trog-
dem beantragte der Staatsanwalt in der vor einigen Tagen
stattgefundenen Hauptverhandlung vor der hiesigen Ferien-
Strafkammer, den Angeklagten wegen Vergehen gegen
§ 130 des Strafgesetzbuches zu drei Wochen Gefängnis,
und wegen Vergehen gegen das Pressegesetz zu zwei Wochen,
insgesamt zu einer Gefängnisstrafe von vier Wochen zu
berurtheilen und auf Vernichtung der Platten (!) zu erkennen.
Wenn es in dem Mailiede des wahren Jakob heißt: „Ver-
schleht des Mammons finst're Macht“ bemerkte der Herr
Staatsanwalt, „so ist dies eine Aufreizung zum Klassenhass,
da gerade hier in D. der sich die Leute sehr zu Ge-
waltthätigkeiten geneigt sind und die Schriften von der hiesigen
Bevölkerung ganz anders beurtheilt werden!“ Der Ver-
theidiger, Herr Rechtsanwalt Dr. Freund (in Vertretung
des Herrn Rechtsanwalts Markuse-Breslau) beantragte die
Freisprechung seines Klienten unter Hinweis darauf,
daß demselben eine Aufreizung verschiedener Bevölke-
rungsklassen gegeneinander nicht nachzuweisen sei; ins-
besondere könne das Angeklagte zur Last gelegte Ver-
gehen nicht in dem bezeichneten Mailiede gefunden werden.
Der Gerichtshof schloß sich der Ansicht des Verteidigers an
und sprach den Genossen Luskner frei.

Vermischtes.

Zum Kriegsjubiläum. Welche Unbuddsamkeit dem
auf den Schlachtfeldern geschmiedeten neuen Deutschen Reiche
schon an der Wiege gesungen worden ist, erkennt man aus
einem aus Versailles an die Commandeure sämmtlicher
Bundesstruppen ergangenen Rundschreiben: „Versailles, den
7. December 1870. Es ist jetzt zu unserer Kenntnis ge-
kommen, daß der Verleger der „Volkzeitung“ (die demo-
kratische Berliner „V.Z.“ ist gemeint), Franz Dunder, seit
der Mitte des Monat August d. J. täglich tausend Stück
Exemplare seiner Zeitung für die Truppen zur Verfügung
gestellt hat und daß die königliche Feldpostanstalten die Ver-
breitung dieses Blattes durch die Briefe abholenden Ordo-
nanzern übernommen haben. Da zur Vertheilung von Druck-
schriften an die Soldaten der Armee es mindestens der Ge-
nehmigung durch die Truppenbefehlshaber bedarf, die in diesem
Fall aber — da es sich um die allgemeine Zulassung eines
notorischen Oppositionsblattes handelte — von mir hätte
ertheilt werden müssen, solche Erlaubnisse inwiefern bei mir
nicht nachgesucht worden ist, so unterseige ich hierdurch in
Uebereinstimmung mit den Intentionen Sr. Majestät die
fernere Herausgabe dieser Freiremplare der „Volkzeitung“
an die Truppen, sofern die Commandobehörden die Ver-
breitung an Zeitung nicht schon aus eigener Initiative ver-
hindert haben. In jedem Fall ersuche ich das General-
commando hierdurch ergebenst, die durch die Feldpost-
anstalten (insbesonders die Hauptpostämter) und der
Armeepostämter) etwa fernere eingehenden derartigen
Exemplare der genannten Zeitchrift von der Postanstalt
täglich abfordern und vernichten zu lassen. Der Kriegs-
minister (gez.) v. Kron.“ — Bismarck, der Vater des
Socialistengesetzes, empörte sich damals über die Kriegs-
führung der Franzosen in einer Denkschrift, die folgende
Stellen enthält: „Die Nachrichten in Paris und Bordeaux
unterbreiten das im Volke laut gewordene Verlangen nach
der Möglichkeit einer Willensklärung ebenso gewalttham,
wie jede freie Meinungsäußerung in Wort und Schrift. . .
Recht ist in der Hand der Machthaber in Frankreich. . .
die Herstellung des Friedens zu ermöglichen, so würden sie
dem französischen Volke die Möglichkeit gewähren, auf dem
unvergleichbaren Wege freier Presse die Wahrheit zu erfahren
und seine Meinung zu äußern. Statt dessen sei die Presse
in Frankreich des Renouel einer gewaltthätigen Regierung
u. s. w. Ein bürgerlich deutsches Blatt hätte damals zu
diesem Zweck, dem Grafen Bismarck hätte eine Ver-
breitung von rechten und linken Meinungen gestattet zu
sein. Zur Illustration der freien Meinungsäußerung

würde auch der Verlag eines periodischen Organes in dieser
Richtung, wozu wegen einiger „Socialisten“ und „Republi-
kaner“ der Staat für den Inhalt des politischen Journal
verantwortlich gemacht wurde; antwortet solle derselbe das
Blatt vertheilen oder dem Redacteur dem periodischen Com-
mandanten überlassen. Für den Wiederholungsfall wurde
das Mandatbureau der Stadt und schwerste Strafgeltern
angedroht.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 3. September. Diese bürgerliche
Blätter glauben, aus der Rede des Kaisers schließen
zu können, daß in der nächsten Reichstagsession
wiederum versucht werden solle, gegen die Socialdemo-
kraten den Weg neuer Gesetze zu betreten und rathen
von einem solchen Vorgehen als aussichtslos ab.

— Die „V. P. N.“ bringen einen Artikel über
die jüngste Kaiserrede, welcher mit den Worten schließt:
„Alle anderen gesetzgeberischen Aufgaben im Reich und
den Einzelstaaten müssen zurücktreten hinter die Auf-
gabe, der fortschreitenden Auflösung der sittlichen
Grundlagen unserer staatlichen und gesellschaftlichen
Ordnung Schranken zu setzen durch Vernichtung der
socialdemokratischen Agitation und Agitatoren.“ — Welch
ungeheurer Widerspruch, hier von der „fortschreitenden
Auflösung der sittlichen Grundlagen u. s. w.“ zu
sagen und bei der Sedanfeier von der Begeisterung
des „ganzen deutschen Volkes“ zu sprechen. Es kommt
beim schmutzigen Blatte eben nur auf elende Verbeizung
für die lichtscheuen Zwecke seiner Auftraggeber an.

Karlsruhe, 3. September. Die amtliche
„Karlsruh. Ztg.“ sagt am Schluß einer Sedan-Vertra-
chtung: „Die zügellose Aufreizung der socialdemokra-
tischen Presse, die fortgesetzte Aufwiegelung weiter
Volkstheile in Wort und Schrift gegen Staat, Gesetz
und Recht, die Verhöhnung und Beschimpfung alles
besseren, was dem vaterländisch-gesinnten Bürger das
Theuerste ist, fordert zur entschiedenen Anwendung der
Gesetze heraus. Hier ist nichts zu versäumen, zu unter-
lassen, was zum Ziele führen kann. Dazu mahnt das
Sedanfest.“ — Planmäßige Verbeizung im Dienste der
Reaction.

Frankfurt a. M., 3. September. Das
hiesige Polizei-Präsidium und auch die Regierung in
Wiesbaden hat die beabsichtigte Gedächtnisfeier für
Engels und Lassalle verboten.

Oberweißbach, 3. September. In der
hiesigen Apotheke erfolgte am Montag bei der Be-
reitung von bengalischem Feuer eine Explosion, die
das Niederbrennen der Apotheke zur Folge hatte. Der
Apotheker Hoppe und der Arbeiter Ehrhard fanden den
Tod in den Klammern, ein Feuerwehrmann wurde schwer
verletzt.

München, 3. September. Die gestrige
Sedan-Prottestversammlung wurde polizeilich aufgelöst,
als der dritte Redner die Militärgerichtsbarkeit be-
sprach. Die auffällig schnell herbeigebrachte Gendarmerie
hatte keine Gelegenheit einzugreifen.

Laibach, 3. Sept. Gestern Abend 11 Uhr
8 Min. fand ein kurzer, aber sehr heftiger Erdstoß statt,
welchem geringere Erschütterungen vorangingen und
folgten. Die Bevölkerung wurde durch das heftige Getöse
alarmirt, war aber bald wieder beruhigt. Es kam kein
Unfall vor.

Krajan, 3. Sept. Wie aus Lemberg ge-
meldet wird, breitet sich die Cholera nun auch im öst-
lichen Theile von Russisch Polen mehr aus.

Moskau, 3. September. Nach hier ein-
gegangenen Berichten ist neuerlich ein nihilistischer Ge-
heimbund entdeckt worden. In Moskau wurden
Dynamitkörben und Waffen aufgefunden.

Drüffel, 3. September. Aus zuverlässiger
Quelle verlautet, die Kammer werde plötzlich wieder
zusammenberufen werden, um die „Fehler“ im Gemeinde-
wahlgesetz zu verbessern. Aber das ganze Gesetz ist ja
eine rein reactionäre Kaufesalle.

Paris, 3. September. Die Blätter be-
schwichtigen sich mit dem Beschlusse der Regierung, die
Kammer zum 22. October einzuberufen. Man ist der
Meinung, daß die Regierung dies einzig und allein aus
dem Grunde thue, um die Erregung, die der Süd-
bahnpact hervorgerufen, wieder „schwinden“ zu
lassen. Ferner hofft die Regierung, daß es dem
General Ducloux bis dahin gelingen werde, sich der
Stadt Laramarico zu bemächtigen. Panama daheim
und das Colonialunglück in Madagascar, böse Pro-
specten für die Regierung. Zahlreiche aus Madaga-
scar einkommende Nachrichten melden, daß die Lage
der französischen Truppen schlimmer sei, als die
officiösen Telegramme zugeben. Alle auswärtigen
Correspondenzen bebauern die Art und Weise, wie die
Expedition organisiert worden ist.

Konstantinopel, 3. September. Die Be-
hauptungen einzelner Blätter, daß die Lage der Armenier

bedauerlich sei und daß mancher derselben von den
Armenen ihrer starken Verfolgung Opfer gebracht, im
Donnerstag haben, wird officiell damit widerlegt,
daß an Ort und Stelle eingesandte Erkundigungen
keine der angeführten Verhaftungen bestätigten. Die
Verhaftung eines Mailänder Blattes, das 39 Mitglieder
von an den jüngsten Einfällen in die Türkei betheiligten
Verbannten zum Tode verurtheilt worden wären, ist abget-
wandlos. — Ueber das in ausländischen Organen er-
wähnte Attentat auf den Generalgouverneur ist den
Regierungskreisen keine Nachricht zugegangen.

Brooklyn, 3. September. Auf der Seab-
cackbahn stieß eine davongelaufene Lokomotive in den
Rücken eines mit Arbeitern gefüllten Zuges. 50 Per-
sonen wurden schwer verletzt.

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 3. September.
Heiraths-Ankündigungen. II. Schneider Albert
Kint, kath., Luisenplatz 14/16, und Ida Veit, kath., Gabel-
straße 92 — Schuhmacher Franz Krol, kath., Vorwerkstr. 14,
und Auguste Staße, kath., Tauentzienstr. 27b. — Hilfsarbeiter
Konstantin Ulrich, kath., Reisse, und Franziska Scholz, kath.,
Lehmgrubenstraße 32a. — Tischler Hermann Kögler, evang.,
Brunnenstr. 21, und Tella Gregoritz, kath., das. — Maurer
August Streicher, kath., Brühlthal 30, und Rosina Meßlich,
ev., Siebenhufenerstraße 44. — Kaufmann Salo Dallmann,
jüd., Schuhstraße 32, und Laura Vasker, jüd., Sadomstr. 47.
— Gärtner Hermann Wahler, ev.-luth., Große Dreikönig-
gasse 12b, und Auguste Hilbig, ev., Holteistr. 14. — Fleischer
August Ebert, evang., Schuhstraße 4, und Martha Starupke,
ev., Palmstraße 6. — Fabrikbesitzer Carl Wolzendorf, evang.,
Telegraphenstr. 1, und Marie Feist, evang., Marienstr. 1. —
Arbeiter Paul Neuschel, evang., Victoriastr. 16, und Beate
Marelus, ev., das. — Schmied Paul Grack, ev., Tauentzien-
straße 49, und Anna Palko, ev., Tauentzienstr. 45. — Tischler
Gustav Kalkate, ev., Victoriastr. 21, und Emma Wirth, ev.,
Hörschstraße 23.
Eheschließungen. I. Haushälter Paul Wasner, ev.,
Weidenstr. 23/24, mit Maria Hansche, kath., Alexanderstr. 14.
— Arbeiter Paul Bittner, kath., Gr. Dreikönigsgasse 16, mit
Emma Rasiek, kath., Weißgerbergasse 20. — II. Tonkünstler
Josef Melzer, kath., Hörschstr. 1, mit Minna Gornig, ev.,
Luisenstr. 33. — III. Kaufmann Franz Garisch, kath., Matthias-
platz 11, mit Gertrud Kelle, kath., Rupp. — Schlosser Carl
Bywales, kath., Scheitnigerstr. 25, mit Emilie Scheide, kath.,
das. — Musiker Heinrich Dittrich, ev., Roggasse 6, mit Martha
Kluge, kath., das. — Kaufmann Bruno Schatall, ev., Lauten-
berg, mit Alma Kofe, ev., Weidenburgstr. 4.
Geburten I. Schuhmacher August Witt, evang., S. —
Arbeiter Carl Lindner, evang., S. — Schneidermeister Carl
Zusatz, ev., S. — Geschäftsführender Heinrich Schindler, jüd.,
S. — Arbeiter Gottlieb Graczkowiat, evang., S. — Arbeiter
Hermann Thiel, evang., S. — Maschinenführer Ernst Bruner,
ev., S. — Haushälter Julius Fiechter, ev., S. — Kaufmann
Wilhelm Schneider, ev., S. — Kesselschmied Julius Müstelf,
kath., S. — Tischler Wilhelm Zeit, ev., S. — Kutscher Friedr.
Hübner, ev., S. — Möbelpacker Wilhelm Giesel, ev., S. —
II. Schriftföher Robert Wallek, ev., S. — Arbeiter Robert
Bittner, kath., S. — Zuschneider Johann Erlich, ev., S. —
Maurer Franz Hoffmann, kath., S. — Buchhalter Friedrich
Grimm, ev., S. — Arbeiter Ignatius Paschke, kath., S. —
Kaufmann David Dienstfertig, jüd., S. — Hilfsweichensteller
August Paschke, ev., S. — Pferdebahn-Wärter Wilhelm
Junger, ev., S. — Hausdiener Johann Basler, ev., S. —
Schneider Wilhelm Wende, evang., S. — Maschinenschmieder
Reinhold Steller, ev., S. — Schlosser Carl Squarra, kath.,
S. — Haushälter Leo Rucinsky, kath., S. — Maurer Joh.
Buchmann, kath., S. — Schmied Reinhold Decker, ev., S.
— III. Haushälter Michael Reismann, ev., S. — Kaufmann
Josef Kisse, kath., S. — Korbmachermeister Otto Wittmann,
ev., S. — Metallbrüder Alfred Blankensfeld, freireligiös, S.
— Drofchenbesitzer Ernst Vinke, ev., S.
Todesfälle. II. Näherin Johanna Koch, 22 J. —
Bahnhilfswärterwitwe Johanna Brunwald, geb. Strauch-
mann, 66 J. — Arbeiter Friedrich Thomisch, 41 J. — Frits.
S. des Drofchenbesitzers Carl Ticheschlot, 5 M. — Bertha,
S. des Arbeiters Theodor Fleischer, 7 J. — Schuhmacher
Paul Sausner, 34 J. — Schlosserwitwe Helene Scholz,
geb. Hoffmann, 56 J. — Martha, S. des Haushälters August
Baum, 10 M. — Lucia, S. des aram. Heizers Paul Schwarz,
1 J. — Paul, S. des Korntenschneiders Max Zeitte, 8 W. —
Margarethe, S. des Buchhandlungsgehilfen Julius Reichel,
3 W. — Friedrich, S. des Kutschers Carl Langner, 3 M. —
Particularier Wilhelm Müller, 71 J. — Redacteur Rudolf
Lamm, 65 J. — Wilhelm, S. des Arbeiters Carl Wolf,
8 M. — Blumenarbeiterin Elise Schummel, 63 J. — Bertha,
S. des verit. Kaufmann Hugo Kretschmer, 5 J. — Alfred,
S. des Arbeiters Carl Kores, 12 J. — Pauline, S. des
Drofchenbesitzers Josef Glinta, 9 W. — Schneider Gustav
Böger, 19 J. — Alfred, S. des Schuhmachermeisters Rein-
hold Urban, 5 M. — Hedwig, S. des Haushälters Reinhold
Scholz, 6 J. — Arbeiterfrau Theresia Rieszner, geb. Bader,
62 J. — Paul, S. des Schneiders Wilhelm Wende, 19 Std.
— Margarethe, S. des Zimmermanns Richard Neumann,
6 M. — III. Fröh. Fleischermeister Gottlob Kalkate, 71 J.
— Gertrud, S. des Landbiersträgers Oscar Benede, 5 M.
— Albert, S. des Haushälters Michael Reismann, 4 J. —
Frits, S. des Tischlers Carl Berger, 1 J. — Curt, S. des
Schriftföher Arthur Fritsche, 3 Mon. — Drofchenbesitzers
Witwe Rosina Fiebig, geb. Schulz, 55 J. — Alfred, S. des
Kutschers Carl Wirring, 1 Jahr. — Martha, S. des Runt-
feuerwerkers Wilhelm Hartmann, 10 M. — Kaufmann Fiaal
Köber, 41 J. — Franz, S. des Restaurateurs Heinrich Pietsch,
7 M. — Emma, S. des Gelögiefers Max Günzel, 5 W.

Briefkasten.

H. S. Bitte wenden Sie sich mit Ihren Anfragen
zunächst an den Vorstand des socialdemokratischen Vereins;
die Sache in der „Volkswacht“ zu behandeln, erscheint uns
wenig angebracht.